Nr. 139 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 20. Juni 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 6. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Mellons Londoner Mission

Geheimhaltung der Besprechungen mit Macdonald und Henderson — Um die Regelung der Reparations- und Schuldenzahlungen — Auch England für Revision seines Finanzabkommens mit Amerika?

London. Ueber den Inhalt der Besprechungen Mellons mit Macdonald und Henderson sowie mit Montague Norman sind bisher noch keine amtlichen Mitteilungen gemacht worden. Die Besprechungen erstrecken sich z. Zt. noch, wie aus durchaus zuverlässiger Quelle verlautet, auf einen Meinungsaustausch über die finanziellen Fragen, die sich aus den Reparations- und Schuldenzahlungen, sowie den außergewöhnlichen Gold- und Kreditverhältnissen in der Welt ergeben und über deren Rückwirkungen auf die Wirtschaft. Die Erörterungen knüpften sich einerseits an die Darlegungen, die in Chequers gemacht wurden, andererseits stellen sie auch eine Fortsetzung der Besprechungen dar, die von Montague Norman in Amerika gepflogen wurden. Angeblich berühren sie auch die Probleme, die vor einigen Monaten zwischen den Finanzsachverständigen Englands und Frankreichs besprochen worden sind. Englischerseits soll man es ängstlich vermieden haben, irgendwelche Andeutungen zu machen, die den Eindruck erwecken könnten, als ob England eine Revision des englisch-amerikanischen Schuldenabkommens wünsche.

Der Kardinal Bourne für die Arbeiterpartei

London. Der römisch-katholische Erzbischof von Westminster, Kardinal Bourne, erklärte in Edinburgh, daß ein englischer Katholik jeder der drei politischen Parteien angehören könnte, vorausgesetzt, daß er stets nachprüft, wieweit die Grundsätze der Partei sich mit den Forderungen des Glaubens vereinbaren lassen. Er habe schon früher darauf hingewiesen, daß ein Katholik das Recht des Privateigentums nicht ablehnen dürfe und sich des Klassenkampfes enthalten müsse. Solange die englische Arbeiterpartei nicht gegen diese Prinzipien verstoße, könne ein Katholik auch ihr angehören. Die päpstliche Enzyklika habe sich nicht nur gegen den wirklichen Sozialismus, sondern auch gegen die Auswüchse des Kapitalismus gewandt.



Deutschlands neuer Gesandter in China

Ministerialrat Dr. Trautmann,
der bisherige Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, hat jetzt seine endgültige Ernennung zum deutschen Gesandten in Peking erhalten.

Anleihe für die englische Arbeitslosen-Unterstützung

London. Die Parlamentsfraktion der Liberalen Partei hat heute Abend beschlossen, dem Gesetzentwurf über eine neue Anleihe für die Arbeitslosenunterstützung zuzustimmen.

Pariser Druck auf Wien?

Es ist kein Geheimnis, daß die Christlichsozialen Oesterreich zugrunde regieren. Unter dem Einfluß des streitbaren Prälaten steht jede Wiener Regierung und es ist gleichgültig, ob sie einmal mehr nach links oder mehr nach rechts schielt. Die Regierungskrise, die vor zwei Tagen mit dem Rücktritt des Gesamtkabinetts Ender beendet wurde, datiert eigentlich nach dem deusch-österreichischen Zollabkommen, welches soviel Sturm im Ausland entfacht hat und von Frankeich als der erste Schritt zum Zusammenschluß zwischen Wien und Berlin angesehen worden ist und auch heute noch als der politische Sinn der Zollunion betrachtet wird. Es ist zwar Frankreich nicht gelungen, in Genf die Zollunion völlig zu torpedieren, der österreichische Außenminister und Vizekanzler Schober hat Curtius die Nibelungentreue gehalten, aber dafür hat Paris gesorgt, daß vorher die Rothschildbank in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, für deren Sanierung heute noch Wien auf der Suche nach Anleihen ist und Paris sich in Bereitschaft hält, wenn es gelingt, damit die Konzession zu erhalten, daß in irgend einer Form die Zollunion zurückgezogen wird. Das Opfer, das gefordert wird, steht im Hintergrund, es ist der Außenminister Schober. Die Krise begann mit dem Ausscheiden des Großdeutschen Justizministers, dann mit dem Strafellaskandal Vaugoins und schließlich forderte der Innenminister die Garantie für die Sanierung, die nicht erteilt worden ist. Der Innenminister Winkler demissionierte und das Kabinett trat zurück. Soweit heute zu übersehen ist, kommt der christlichsoziale Dr. Ender wieder, doch ist man neugierig, wie das Gesamtkabinett aussehen wird, denn die Seipelleute haben nur eine Mehrheit mit dem Schoberblock und den Großdeutschen und beide Partner sind gegen die Christlichsozialen, besonders aber gegen den Heeresminister Vaugoin, dem bösen Geist Seipels.

Aber das Geheimnis liegt nicht in Wien, es ist in Paris zu suchen. Die Franzosen wollen einen wahren Goldregen über Oesterreich herunterrieseln lassen, wenn es nur gelingt, Oesterreich von den Anschlußplänen in jeder Form abzubringen. Wien befand sich in der größten Verlegenheit, als Schober eine andere Hilfe bekam, indem die englische Bank eingriff und vorerst gegen 150 Millionen in die Nationalbank einzahlte, vorerst also die Schwierigkeiten bannte. Jetzt wird sich der Kampf zwischendurch abspielen, ob England oder Frankreich das Rennen gewinnen werden, denn Italien steht abseits, es hat kein Interesse mehr an Wien, sein Ziel ist Budapest, wo man durch die kommenden Wahlen Bethlens die Habsburger restaurieren will, und es soll jene Donauföderation geschaffen werden, welche zunichte wird, falls der Anschlußgedanke Ziel der Wiener Politik bleiben sollte. Dies sind auch die Pläne Briands, bezw. der französischen Außenpolitik. Schober hat diese Entwicklung durch das Zollabkommen Wien—Berlin gefährdet und da der streitbare Prälat Seipel, ein Anhänger des faschistischen Italiens ist und von den Preußen als Obermacht im Reich nichts wissen will, so liegt es ganz in seiner Hand, durch die jetzige Regierungsbildung der Zollunion ein Ende zu setzen, wenn man auch scheinheilig für französische Franken den Anschluß auf unbestimmte Zeit hinausschiebt. Auch die Propaganda für den Anschluß wird unterbunden, so will es Seipel, so wünschen es die Einflüsse der französischen Politik, und da Paris zahlen kann, so wird sich schon bei der Zusammensetzung der neuen Regierung zeigen, welche Einflüsse gesiegt haben.

Die Christlichsozialen erklären, daß es für sie ein Zusammengehen mit der stärksten Partei Oesterreichs, der Sozialdemokratie, nicht geben kann. Mit den Schoberleuten sind sie auseinander, der Schoberblock wird kein Kabinett dulden, welches gegen seinen Obmann Schober selbst gerichtet ist, ihn aus der Außenpolitik auszuschalten versucht. Die Großdeutschen sind den Christlichsozialen lange nicht mehr grün, vor allem durch die Taktlosigkeit des Heeresministers Vaugoin und nun soll Ender ein Kabinett bilden, welches alle die widerstrebenden Elemente vereinigen soll. Und als Bedingung eines erforderlichen Kabinetts wird gleichzeitig eine Art Notverordnung gefordert oder besser gesagt, ganz konkrete Vollmachten, zur Sanierung der Finanzkrise ohne Parlament. Uns erscheint es fraglich, ob die Sozialdemokratie solchen Vollmachten ihre Zustimmung geben kann und die jetzige Zusammensetzung der Nationalversammlung gewährleistet eine solche Zustimmung gleichfalls nicht. Die Großindustriellen, denen weniger Oesterreich, aber der An-

Englisch-amerikanischer Besuch in Berlin

Fortsetzung der Gespräche von Chequers — Stimson kommt nach Macdonald und fährt nach London — Deutsch-englisch-amerikanische Zusammenarbeit?

Berlin. Von unterrichteter Seite wird uns die Londoner Meldung über den Berliner Besuch Macdonalds und Henderson bestätigt, und zwar sind für den Aufenthalt der 17., 18. und 19. Juli vorgesehen. In Berliner politischen Kreisen wird es herzlichst begrüßt, daß der Besuch nun doch schon in vier Wochen erfolgen soll und das daran nicht nur der englische Außenminister, sondern auch Macdonald selbst beteiligt sein wird. Ebenso wie vor dem Besuch der deutschen Minister in England, muß auch heute davor gewarnt werden, von der neuen Zusammenkunft außergewöhnliche Ergebnisse zu erwarten. Das Berliner Beisammensein ist das natürliche Gegenstück zu Chequers. Es bietet Gelegenheit, die dort begonnene freundschaftliche und freimütige Aussprache schon nach sechs Wochen fortzusetzen. Sie wird so zwanglos sein wie damals und alle Frage umfassen, die die beiden Länder und ihr Verhältnis zu dem übrigen Europa berühren. Es ist selbstverständlich, daß man sich dabei auch darüber aussprechen wie sich die Situation seit Chequers entwickelt hat.

*

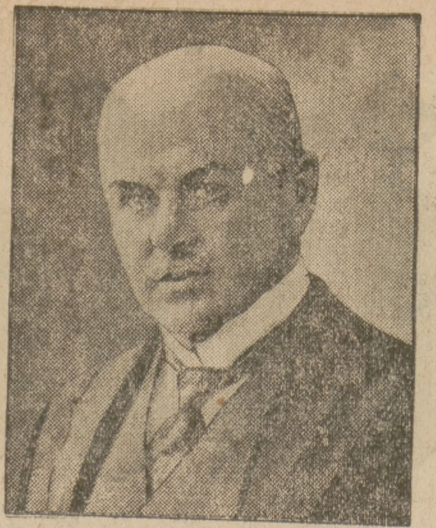
Berlin. Wie wir erfahren, wird der amerikanische Staatssekretär Stimson am 21. Juli in Berlin eintreffen, und dann nach London fahren. Stimson wird also schon zwei Tage nach dem Besuch von Macdonald und Henderson in Berlin und es wird bereits möglich sein, in Besprechungen mit ihm die Ergebnisse der deutsch-englischen Aussprache zu verwerten und es erscheint besonders bemerkenswert, daß die Fühlungnahme mit den Vertretern beider Staaten bereits zu einem so frühen Zeitpunkt stattfindet, um so mehr als man in Berliner politischen Kreisen für Mitte August die Einleitung der Aktion der Reichsregierung in der Reparationsfrage erwartet.

Einigung in Genf

Internationale Regelung der Kohlenproduktion

Genf. Es hat den Anschein, als ob es jetzt schon, nachdem die internationale Arbeitskonferenz die Konvention über eine internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau verabschiedet hat, auch zur Regelung über ein internationales Kohlenabkommen kommen dürfte. Donnerstag fand eine Besprechung zwischen Vertretern des internationalen Bergarbeiterverbandes und den Mitgliedern der Kohlendelegation des Wirtschaftskomitees im Völkerbund statt. Die Vertreter des Bergbauarbeiterverbandes brachten dabei ihre Wünsche vor, und sprachen die Hoffnung aus, daß durch eine schleunige Intervention des Völkerbundes eine Verständigung in der Kohlenproduktion zustande kommen möge. Der Vorsitzende des Wirtschaftskomitees Di Nola versprach, die vorgebrachten Wünsche eingehend zu prüfen.

Der Plan einer kommenden Verständigung soll in den letzten Besprechungen des englischen Bergbauministers Shinwell mit dem deutschen Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald eingehend erörtert worden sein, und in unterrichteten Kreisen spricht man davon, daß Hand in Hand mit der Ratifizierung und Inkraftsetzung des eben beschlossenen Arbeitszeitabkommens auch das Wirtschaftsabkommen, das insbesondere England, Deutschland und Polen umfassen würde, zustande kommen soll. Die Hauptschwierigkeiten scheinen nur noch vorläufig in den ungeregelten Organisationsverhältnissen des englischen Kohlenmarktes zu liegen.



Rücktritt des oldenburgischen Kabinetts

Ministerpräsident Cassebohm,
der Führer des oldenburgischen Kabinetts, hat nach Annahme des Mißtrauensantrages im Landtag seinen Rücktritt erklärt. Infolge der scharfen Parteigegensätze im oldenburgischen Landtag wird die Neubildung der Regierung auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen.

---

leihesegen am Herzen liegt, sind unter allen Umständen für Ender als Ministerpräsidenten und sind gern bereit, Schober aus dem kommenden Kabinett auszuschalten, wenn nur Frankreich Kredite gibt, und es gibt diese gern, wenn nur Schober nicht mehr Außenminister wird.

So zeigt es sich mit aller Deutlichkeit, was es mit der heutigen Selbständigkeit Oesterreich an sich hat. Der Bankkrach um Rothschild, der seinen Hinterhalt bei der Schwesternbank in Paris hat, kam nicht so plötzlich nach dem Abschluß der Zollunion, sondern war sehr gut von Paris aus vorbereitet. Und das Nachgeben Schobers zur Nachprüfung der politischen Frage der Zollunion im Haag, war nichts anderes, als das erste Nachgeben, gegenüber den französischen Wünschen, was Paris nicht daran gehindert hat, eine weitere Mine zu legen und Schober ganz zu beseitigen. Ohne Schober im Wiener Kabinett wird man an der Zollunion schon weiter fingern und der nächste Außenminister wird für Vertagung der Entscheidung der Zollunion in Genf gern seinen Segen geben. Paris aber kann ruhig seine Donauföderationspläne wieder aufnehmen, der Anschlußgedanke ist auf diesem, sehr einfachen, Anleihewege einstweilen begraben. Wer die Charakterlosigkeit der „Urdeutschen" Christlichsozialen und der Großindustriellen aus dem Schoberblock kennt, den wird diese Entscheidung in Wien durchaus nicht überraschen, sie ist eine Zwangsläufigkeit der Seipelpolitik, der hinter jedem Wiener Kabinett seine Fäden spinnt und rechtzeitig eine Krise vorbereitet, wenn nicht alles nach seinen Wünschen geht. Natürlich nur mit päpstlichem Segen und französischen Anleihen.

Ob der Schoberblock, der, trotz der Großindustriellen, die Entscheidung in der Hand hat, sich besinnen und das Verderbliche der Seipelpolitik einsehen wird, muß zunächst bezweifelt werden. Es gibt einen Ausweg, um auch den französischen Machtgelüsten Einhalt zu gebieten und das ist eine Koalition der Großdeutschen, des Schoberblocks mit der Sozialdemokratie, die in erster Linie eine Bereinigung der christlichsozialen Schlamperei in der Verwaltung durchführen müßte. Auf diesem Wege liegt Oesterreichs Gesundung, denn eine solche Koalition müßte auch dem ganzen Heimwehrfaschismus ein Ende bereiten. Es ist kaum anzunehmen, daß die sonst, für die Rettung Oesterreichs, Krokodiltränen weinenden Politiker soviel Einsicht besitzen, daß der größte Schaden für Oesterreichs Wiederaufstieg, die Seipelei ist, die im Dienste Roms und Paris steht. Seipel weiß, daß seine Partei zu einem Nichts herabsinken muß, wenn einmal der Zusammenschluß kommen wird und darum wird alles aufs Spiel gesetzt, jede Gemeinheit ist gut genug, wenn nur der so gefürchtete Anschluß hintertrieben wird und die Parteiinteressen über den Interessen des Staates erhalten bleiben. Nun, die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen, wohin der Weg geht. —ll.

Mussolini und der Papst

Was der Duce der „Religion" gönnt — Aber Religion dürfe sich in staatliche Dinge nicht einmischen, das ist Politik — Der Papst ist genügend gewarnt worden — Eine katholische Aktion gibt es nicht

Paris. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Journal" über den Konflikt mit dem Vatikan erklärte Mussolini, daß er Religion nicht nur für die Massen des Volkes, sondern auch für die geistige Elite für dringend notwendig halte. Er wolle, daß im ganzen Lande Glaube verbreitet sei, daß die Kinder den Katechismus lernten und am Sonntag die Kirche besuchten. Zu diesem Zweck übten die Priester ihr Amt aus.

Das sei Religion, der Rest sei aber Politik und die Politik repräsentiere er.

Er werde nicht zulassen, daß irgend jemand an dem rühre, was des Staates sei.

Sobald das Kind ins schulpflichtige Alter trete, gehöre es unteilbar dem Staat.

Die Kirche bedürfe zur Erreichung ihrer Ziele der Autorität, über die allein der Staat verfüge. Was den gegenwärtigen Streit mit der Kirche angehe, so habe er die katholische Aktion genügend gewarnt, **doch habe das nichts genützt.** Aus der Stiftung der Bewegung habe man bemerkt, daß an **ihrer Spitze Fanatiker der faschistenfeindlichen Volkspartei ständen.** Deshalb habe er handeln müssen. Im übrigen seien die Zwischenfälle unbedeutend gewesen und gar nicht mit den spanischen Ereignissen zu vergleichen. **Der Faschismus sei Herr der Lage.** Er gestatte es nicht, daß man das faschistische Regime angreife oder auch nur kritisiere. Wer sich ruhig verhalte, könne in Italien in Frieden leben, auch wenn er nicht dem Faschismus anhänge. Alle Meinungen seien ihm willkommen, sofern sie positiv und aufbauend seien; also ist der Papst trotz des Lateranvertrages überflüssig nach Meinung Mussolinis.

Der neue spanische Verfassungsentwurf

Madrid. Die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung der neuen Verfassung hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Der von ihr revidierte Verfassungsentwurf trägt unitarischen Charakter, sieht aber eine Wirtschaftsautonomie für einzelne Gebiete vor. Ein Zweikammersystem ist vorgesehen, die eine Kammer — der Senat — soll jedoch nur beschränkte legislative Befugnisse erhalten. Die Stellung des Präsidenten ist der des französischen Staatsoberhauptes nachgebildet. Der Entwurf sieht Trennung von Kirche und Staat, ferner allgemeines und gleiches Wahlrecht, daß jedoch nur auf Personen männlichen Geschlechts beschränkt ist, vor.

Die Neubildung des österreichischen Kabinetts

Sozialdemokratie gegen Dr. Ender.

Wien. Nachdem die sozialdemokratische Partei das Programm des Bundeskanzlers Dr. Ender abgelehnt hat, sind vom Bundespräsidenten Niklas neue Besprechungen eingeleitet worden, mit dem Ziel, ein neues Ministerium auf neue Grundlage zu bilden. Er empfing zunächst führende Mitglieder der Christlich-Sozialen Partei, darauf Dr. Seipel und den aus Graz herbeigerufenen früheren Präsidenten des Nationalrats Dr. Gürtler. Die Besprechungen schlossen gestern Abend mit dem Empfang des jetzigen sozialdemokratischen Präsidenten des Nationalrats Dr. Renner durch den Bundespräsidenten ab. Man will im Laufe des Freitags die Regierungsbildung vollenden.

Wie man Kommunisten im Parlament los wird

Bukarest. Um die fünf Kommunisten aus dem Parlament herauszumanövrieren, wurde das Mandat des kommunistischen Abgeordneten Emerich Alarda annulliert, weil er angeblich die rumänische Staatsangehörigkeit nicht nachweisen konnte. Alarda behauptet, die Papiere seien ihm seiner Zeit von der rumänischen Geheimpolizei abgenommen worden. Durch die Annullierung werden gleichzeitig mehrere tausend kommunistische Stimmen ungültig, so daß die Gesamtzahl der für die Kommunisten abgegebenen Stimmen unter 2 v. H. bleibt. Dadurch fallen automatisch alle anderen kommunistischen Stimmen weg.

Mitteleuropareise französischer Bankiers und Industrieller

Paris. Der französische Finanz- und der Handelsminister haben Donnerstag nachmittags mit den französischen Bankiers und Industriellen verhandelt, die sich demnächst zu einer Studienreise nach Mitteleuropa begeben werden.



Eine Schule, die noch Karl der Große gegründet hat

Blick in den Hof des Gymnasiums Karolinum; links das Standbild Karls des Großen.

Das Gymnasium Karolinum in Osnabrück kann das gewiß einzig dastehende Jubiläum seines eintausendeinhundertfünfundzwanzigjährigen Bestehens feiern. Die Schule wurde, wie aus der Gründungsurkunde hervorgeht, von Karl den Großen ins Leben gerufen und hat im Laufe der wechselvollen Geschichte der Stadt manchen Sturm über sich ergehen lassen müssen.

Passagier aus dem Flugzeug gestürzt

Roman von P. Wild.

33)

Unerwartetes passierte — etwas Schleimiges: eine dicke Schnecke war unter ihren Fuß gekommen, sie glitt aus und stürzte der Länge nach auf den Boden. Klirrend zersplitterte die Laterne auf dem harten Boden. Es war stockdunkel.

Da — ein Schrei, wie ich ihn weder vor- noch nachdem je gehört habe. Er gellte mir lange Zeit in den Ohren.

Der Wächter riß die Tür auf, ein anderer schob ihn beiseite — eine dunkle Gestalt, eine elektrische Taschenlampe blitzte auf. Suchend wie ein Scheinwerfer warf sie ihre Strahlen zuckend umher, traf die am Boden Liegende.

Ich schrie auf. Eine dunkelhäutige Schlange ringelte sich neben der Gestürzten, zischte in sichtlicher Erregung, und das schmale Zünglein zeigte sich gefahrdrohend.

Eine Kobra! Ich begriff die Zusammenhänge nicht, stand wie erstarrt da. Ein wahnsinniger Ekel ergriff mich. War die Schlange mit mir im Raum gewesen? Waren noch mehr Schlangen darin? Der Mann, der vor dem Wächter in das Gefängnis gerannt war, nahm dem ihm Folgenden das Gewehr aus der Hand, drehte es um, erschlug mit einem furchtbaren Kolbenhieb die Kobra.

Meeratti Barma — der Jäger! Jetzt erkannte ich ihn, sah, wie er sich über die Gestürzte beugte. Das Licht der Taschenlampe fiel auf ihr Gesicht.

Sie stöhnte, lag starr da, mit groß gewordenen Augen, in denen das Entsetzen stand.

Meeratti Barma stutzte bei ihrem Anblick, bückte sich tiefer zu ihr, die sich in wahnsinnigen Schmerzen krümmte.

War es der Schmerz des Bisses oder ein Schmerz, der über diesem stand? Sie schrie bei seinem Anblick auf:

„Du, du?"

Auch Meeratti Barmas Züge veränderten sich erschreckend. Mit hartem Griff strich er das tief ins Gesicht fallende Haar von der Stirn, riß ihr mit hartem Ruck die Perücke ab.

Kaum merkbar nickte sie:

„Vater, ich bin es!"

Er fuhr zurück. Sein Gesicht wurde fahl, die Züge starr, in die Augen kam ein furchtbares, wildes Leuchten:

„Wer bist du?"

Ihre Lippen waren rissig geworden, schwollen an. Langsam, mühsam fuhr sie mit der Zunge darüber, feuchtete sie an; dann erst vermochte sie zu sprechen.

„Ich bin Badja, die Tochter Meeratti Barmas."

„Die Verfluchte, die ihrem Vater, ihrem Vaterland untreu geworden ist — die Verräterin, Spionin, Verbrecherin!"

„Deine Tochter!" wiederholte sie mit qualvoll verzerrter Bitte.

Da bäumte sie sich hoch auf, wollte sprechen, vermochte es nicht. Stöhnend rollte sie zur Seite:

„Hilf mir! Brand, da innen, ich... muß sterben. Vater, ich fühle das Gift. Schleicht der Tod heran? Eiskalt starr werden meine Glieder — Schlangenbiß!"

„So erfüllt sich die Gerechtigkeit!" klang es dunkel, schwer von des Inders Lippen.

„Hilf ihr!" bat ich und dachte jener Stunde, wo er mir mit seiner Kunst das Leben gerettet hatte.

„Du bittest für sie?"

„Ja!"

„Weißt du, wer sie ist?"

„Eine Unglückliche!"

„Nein! Eine Verfluchte — die Götter strafen sie. Sie war gekommen, um dich zu töten, nachdem sie dich verraten hatte."

„Nein! Sie wollte mich retten."

„Retten?" lachte Meeratti Barma auf. „Sie brachte dir den sicheren Tod. Darum kam ich — und fast wäre es zu spät gewesen!"

„Du irrst! Sie wollt mich befreien, brachte mir andere Kleider", flüsterte ich.

„Wo sind sie?"

„In dem Korbe...!"

„War die Schlange! Sie ist ein Teufel."

„Hilf!" bebte es durch den Raum.

Mit schwerer Bewegung hob sie die Linke. Wie schnell das Gift wirkte! Die Lähmung begann fast unmittelbar, denn alles Erzählte spielte sich in jagendem Tempo ab. Ihre Zähne schlugen in Fieber und Frost gegeneinander. Wahnsinnige Schmerzen mußten sie peinigen. Manchmal knirschten ihre Zähne gegeneinander; doch klagte sie nicht. Nur der Blick, mit dem sie zu Meeratti Barma aufsah, verriet ihre Qual.

„Hilf ihr!" bat ich nochmals, dringend.

Da winkte er dem anderen, dem Wächter, das Licht zu halten — der schien ihm ergeben, gehorchte sofort.

Die Wunde war winzig: zwei harte Eindrücke der Zähne. Um die Bißwunde herum aber sah die Hand furchtbar aus: geschwollen, fast schwarz, und dieses Schwarz verbreitete sich zusehends den Arm höher hinauf. Er war brandrot und glänzend.

Langsam ließ er die Hand aus seiner sinken.

„Umsonst! Menschliche Hilfe ist vergebens, sie muß sterben. Der Biß ist neben der Hauptschlagader — das Gift ist im Blut."

Hatte sie die flüsternden Worte verstanden?

Mit gewaltiger, trotziger Kraft bäumte sie sich auf, überwand plötzlich mit eisernem Willen alle Schwäche, sogar die Lähmung:

„Ich kann nicht sterben, jetzt nicht! Ich will erst gutmachen. Nicht sterben", fuhr sie mit leiser werdender Stimme fort. „Schuld drückt — schwer, schwer!"

„Welche Schuld?" forschte der Inder.

„Ich... es ist viel, Vater, so viel. Ich muß leben. Damals in Croyden — alles hatten wir vorgesorgt: das Fernbeheizungspatent; wir mußten's haben. Mein Mann und ich haben Mürler aus dem Flugzeug gestürzt...!"

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der deutsch-polnische Sozialvertrag

Am 11. d. Mts. ist der deutsch-polnische Vertrag zum Abschluß gebracht worden, der die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf dem Gebiete der Sozialversicherung mit Ausnahme der schon durch ein Abkommen aus dem Jahre 1927 geregelten Arbeitslosenversicherung festlegt. Dieser Vertrag hatte sich schon vor Jahren im Interesse der Versicherten beider Staaten, namentlich in den Grenzgebieten, als unbedingt notwendig erwiesen und war auch schon 1926 in Angriff genommen worden, und im Jahre 1928 bis zur Paraphierung eines Entwurfes gediehen. Dann ergaben sich aber in den Verhandlungen über die knappschaftliche Versicherung in Oberschlesien Hindernisse, die den Abschluß zunächst unmöglich machten. Durch die Entscheidung des Völkerbundsrates vom 31. Januar 1930 über die Vermögensauseinandersetzung zwischen der deutschen und der polnischen Knappschaftsversicherung und nach Vorbesprechungen über die Durchführung dieser Entscheidung konnten die Verhandlungen im April dieses Jahres wieder aufgenommen und jetzt abgeschlossen werden.

Nach diesem Vertrage sollen die Angehörigen jedes der beiden Staaten nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit in ihren Ansprüchen an die Sozialversicherung des anderen Staates wie Inländer behandelt werden. Jeder Staat setzt die Vorschrift der Versicherungsgesetze, wonach die Rente eines Ausländers ruht, wenn er sich freiwillig vorwiegend im Auslande aufhält, zugunsten der Angehörigen des anderen Staates außer Kraft. Es sollen auch, soweit bei Aufenthalt des Berechtigten im Auslande die einmalige Abfindung einer Rente zulässig ist, solche Abfindungen wegen des Aufenthaltes im anderen Staate nicht mehr stattfinden. Der Vertrag enthält Sonderbestimmungen für die Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftspensionsversicherung. In der Krankenversicherung sind namentlich Erleichterungen im Grenzverkehr vorgesehen. Auch hier sollen die Leistungen unter gewissen Voraussetzungen an Berechtigte, die in benachbarten Gebieten des anderen Staates wohnen, gewährt werden. In der Durchführung der Krankenhilfe werden die beiderseitigen Krankenkassen einander unterstützen.

In der Invaliden-, Angestellten- und Knappschafts-Pensionsversicherung ist die Zusammenrechnung der in beiden Staaten geleisteten Beiträge für Aufrechterhaltung der Anwartschaften und die Erfüllung der Wartezeit vorgesehen. Die Beschäftigung in dem einen Staat bringt daher für die Versicherten nicht mehr die Gefahr mit sich, daß seine in der Versicherung des anderen Staates erworbenen Anwartschaften inzwischen erlöschen. Die Renten werden in diesen Fällen gemischter Beitragsleistung von den Versicherungsträgern beider Staaten in der Weise gemeinsam getragen, daß jeder Versicherungsträger den Teil seines Grundbetrages und Kinderzuschusses, gegebenenfalls auch des Reichszuschusses zahlt, der dem Verhältnis der bei ihm zurückgelegten Beitragszeiten zur Summe der in beiden Staaten zurückgelegten Beitragszeiten entspricht. Außerdem zahlt jeder Versicherungsträger die Steigerungsbeträge für die von ihm entrichteten Beiträge. Die so berechneten Teilrenten dürfen jedoch zusammen nicht geringer sein als die Rente, die den Versicherten schon ohne die Anwendung des Vertrages in einem der beiden Staaten zustehen würde.

Der Vertrag regelt ferner eine Reihe Fragen, die noch mit der früheren deutsch-polnischen Vereinbarung über die Sozialversicherung in den an Polen abgetretenen Gebieten im Zusammenhang stehen. So wird das Genfer Abkommen über die Teilung Oberschlesiens vom 15. Mai 1922 und das Abkommen über die Teilung des Oberschlesischen Knappschaftsvereins vom 26. August 1922 in verschiedenen Punkten ergänzt. Meinungsverschiedenheiten, die sich bisher über die Durchführung einzelner Bestimmungen dieser Abkommen ergeben hatten, werden durch eine gemeinsame Auslegung beseitigt. Im Zusammenhang hiermit ist in begrenztem Umfange eine gegenseitige Uebernahme von Renten nach dem jetzigen Wohnsitz der Berechtigten vorgesehen, die der mit der Gebietsabtretung zusammenhängenden Abwanderung von Berechtigten aus dem einen Staat in den anderen Rechnung tragen soll. Renten, die am 1. Januar 1931 oder später tatsächlich gezahlt wurden, werden jedoch von den bisherigen Versicherungsträgern weitergezahlt. Im Interesse der Versicherten ist ferner vorgesehen, daß unter gewissen Voraussetzungen Anwartschaften, die nach dem Uebergang der Staatshoheit erloschen sind, wiederhergestellt werden können. Auch über die Durchführung der vorhin erwähnten Entscheidung des Völkerbundsrates vom Januar 1930 über die Vermögensauseinandersetzung in der Knappschaftsversicherung Oberschlesien enthalten der Vertrag und das Schlußprotokoll nähere Bestimmungen. Zu erwähnen sind schließlich die Bestimmungen des Vertrages, die die Abgrenzung der Zuständigkeit der beiderseitigen Versicherungen bei übergreifenden Betrieben und Tätigkeiten zur Vermeidung einer Doppelversicherung in beiden Staaten regeln. Um die möglichst reibungslose Durchführung des Vertrages sicherzustellen, leisten sich die Versicherungsträger und Behörden beider Staaten Verwaltungshilfe. Es ist zu erwarten, daß der Vertrag dem Sejm schon bei seiner Herbsttagung zur Zustimmung vorliegen wird. Er würde dann nach der Ratifizierung sofort in Kraft gesetzt werden.

Wie den Arbeitslosen geholfen wird

Eine nutzlose Budgetsitzung.

Noch ist allen die Sejmsitzung in Erinnerung, in welcher die Sanacjajünger mit ihrem Antrag wetteiferten, daß sie aus der fünfzehnprozentigen Gehaltsreduzierung den Arbeitslosen an die Hand gehen werden. Aber nur als Demonstration von der Sejmtribüne, denn in der Budgetsitzung zeigten sie sich als kommandierte Puppen, von anderem Willen abhängig. Zu der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Schlesischen Sejms, welche sich mit dem Antrage beschäftigen sollte, woher die Gelder für die Arbeitslosenfürsorge genommen werden sollen, erschien der Vizewojewode Saloni und bat um Vertagung der Sitzung, bis der Wojewode zurückkehren werde, der schon unterwegs ist, da er selbst nicht bindende Erklärungen abgeben könne. Im übrigen liege die Sache nicht so brenzlich, denn die Unterstützungen aus der Staatshilfsaktion werden bis Ende Juni gezahlt, und aus anderen Fonds seien die Zahlungen auch für den Monat Juli gesichert. Obgleich der Vizemarschall Kendzior die Ansicht vertrat, daß man auch die Punkte beraten könnte, ohne daß der Wojewode zugegen sei, da ja der Komplex der Arbeitslosenfürsorge nicht auf einer Sitzung gelöst werden könne, verwies der Vizewojewode darauf, daß er keine finanziellen Aufklärungen geben könne. Und die Finanzberichte der Regierungsvertreter waren alles andere, nur nicht erfreulich. Es seien, so erklärt der Vizewojewode, bereits alle Projekte seit Tagen fertig, auch die Geldfrage sei gelöst und darum müsse man die Anwesenheit des Wojewoden abwarten, ob dieser aber selbst bei seiner Einstellung zum Sejm in der Budgetkommission erscheinen wird, darf angezweifelt werden.

Jedenfalls haben die Sanatoren gekuscht und ihr einzig guter Vorschlag bedeutet nichts, gegenüber den Vorschlägen des Wojewoden, die wir noch nicht kennen. Die Sitzung, die ein praktisches Ergebnis hätte vorbereiten können, ist also auf Sonnabend verschoben worden, denn die Arbeitslosen können ja warten. Ruhe und Ordnung gegen knurrende Magen und hungernde Menschen, wird man schon schaffen, denn dazu haben wir ja eine starke Regierung.

Das Wesentlichste der Arbeitslosenfürsorge!

Von Abg. Dr. S. Glücksmann.

Die Debatte über die Arbeitslosenfürsorge im Schlesischen Sejm war, wie nicht anders erwartet werden konnte, stürmisch. Der Sozialistische Abgeordnetenklub warnte nochmals vor jeder Kürzung oder Einschränkung der Arbeitslosenfürsorge und der Geldunterstützungen.

1 Minute vor Zwölf.

Wir haben darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse in Schlesien ein ungeheueres Maß von Geduld aufgewiesen hat. Zwei Jahre lang zieht sich der Leidensweg der Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Der Notgroschen und alle Kreditquellen sind erschöpft. In diesem Augenblick kommt die berüchtigte Instruktion, welche einem Großteil der Arbeitslosen sofort, anderen in greifbarer Nähe, die Unterstützung entzieht. Die Ausschreitungen mußten — nach allem menschlichen Empfinden, nach menschlicher Logik — kommen. Hunger ist ein schlechter Berater. Das Elend zwingt zum Notschrei, der sich in Demonstrationen auslädet. Sollte nicht radikaler Wandel geschaffen werden, dann bilden die bisherigen Demonstrationen nur den Auftakt weiterer, immer stürmischer werdenden Ereignisse. Kurz — auf der Uhr der Geschichte hat es bereits eine Minute vor 12 geschlagen.

Im Gefühle der Verantwortung.

Was wir, was die anderen Oppositionsparteien in der Frage der Arbeitslosenfürsorge gesagt haben, war vom Gefühle der Verantwortung getragen. Ausschreitungen bringen keine Abhilfe von selbst. Dagegen bringen sie Opfer: Verwundete und Tote. Wer mit den Massen lebt, mit ihnen fühlt, ein Verantwortungsgefühl im Herzen trägt, der wünscht, daß Ausschreitungen ausbleiben. Dann müssen aber materielle Opfer gebracht werden, damit Unmenschliches verhütet wird.

Reklame, Lizitation, Demagogie?

Einige Redner von Rechts glaubten, behaupten zu dürfen, daß diese Verlangen der Opposition eine Jagd nach Reklame und Lizitation sei, noch mehr, Demagogie. Wer solche Argumente, gar in jetziger Sachlage, ins Treffen führt, ist eben zur anderen sachlichen Argumenten nicht fähig. Der bleibe bei seiner Argumentation und versuche nicht, sich als Volksvertreter aufzuspielen.

Forderungen, die aus der Zwangslage des Arbeitslosenelends, aus den Straßenkämpfen und Opfern, diktiert werden, in die Kleinmünze der Demagogie und Reklame umtauschen zu wollen, ist wohl kühn und niedrig.

Sollte aber dieses Argument zutreffen, sollte alles in Ordnung sein, warum kam dann die Sanacja selbst mit dem Antrage die Ersparnisse aus der 15prozentigen Gehaltsreduktion für Arbeitslosenunterstützungen zu verwenden?

Folglich war es keine Demagogie. Folglich war es unsere Pflicht zu verlangen, Gelder für Arbeitslosenunterstützungen bereit zu stellen.

Die Einwendungen unserer Gegner kennen uns nicht im geringsten berühren. Wie werden unsere harte Pflicht unbeirrt erfüllen.

Aergeres steht bevor.

Unsere Aktion kann nicht an der Annahme der Anträge im Schlesischen Sejm als abgeschlossen betrachtet werden. Wir stehen noch lange nicht vor dem Abschluß der Wirtschaftskrise. Angesichts der Sachlage, praktisch gesehen, interessiert uns nicht der Charakter der Krise. Daß sie eine Krise der Wirtschaftsordnung, eine Krise des Systems, eine Krise der ungerechten Güterverteilung, ein Mißverhältnis zwischen rationalisierter Massenproduktion und der Kaufunfähigkeit breiter Volksmassen ist, dies ist sogar von bürgerlichen Gelehrten festgestellt worden.

In diesem Momente interessiert uns die Dauer der Krise. Auch in dieser Hinsicht besteht kein Zweifel mehr, daß sie sich noch Jahre hinziehen wird. Unter diesen Umständen ist es erforderlich, daß Behörden und der Sejm dieser Sachlage voll Rechnung tragen. Jahrelang kann niemand darben, noch weniger hungern.

Die Investitionsarbeiten sind eingeschränkt worden. Die Aussicht auf Vermehrung der Arbeitsplätze hat sich sehr vermindert. Es bleibt, nicht weil es jemand so will, sondern weil kein anderer Ausweg vorhanden ist.

die Arbeitslosenunterstützung

als einziges, greifbares Linderungsmittel.

Notstandsgesetze.

Das steht fest, daß Zehntausende hungern. Trotzdem gibt es noch Hunderte, vielleicht Tausende, die in Luxus leben. Dieser Zustand ist unhaltbar. Heute mehr als in normalen Zeiten. Jetzt müssen die Höchstbegüterten zu Leistungen für die Gesamtheit, zu kräftigen Leitungen, herangezogen werden.

Wir brauchen Geld für die Arbeitslosenunterstützungen Die Zuwendungen dürfen nicht den Charakter von nichtigen Brocken tragen. Eine Generation ist gefährdet, wenn sie nicht gehörig ernährt wird — jahrelang. Also müssen die Zuwendungen an die Arbeitslosen einen auskömmlicher Haushalt ermöglichen.

Die in den Anträgen gezeigten Geldquellen sind dürftig Man muß an eine Besteuerung aller jener Bürger schreiten die noch immer ein sorgloses, luxuriöses Leben führen können.

Eine Notstandsabgabe.

Im Interesse der Gesamtheit muß sofort

ein ausgiebiger Arbeitslosenfonds

werden. Mit Hilfe eines Gesetzes, welches alle Kapitalskräftigen mit einer

einmaligen Notstandsabgabe

für den Arbeitslosenfonds besteuert.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Davon sind hoffentlich in diesem Augenblick nicht nur die Leidenden sondern alle schlesischen Volkskreise überzeugt.

Wir werden es auch nicht unterlassen, einen Antrag über Einführung einer Notstandsabgabe zu unterbreiten.

Auf der Bleischarleygrube wird doch reduziert

Das Versprechen des Vizewojewoden.

Wir haben über die Arbeiterreduzierung auf der Bleischarleygrube eingehend berichtet. Die Arbeiter sind in den Proteststreik getreten, als sie erfahren haben, daß der Demobilmachungskommissar die Reduzierung genehmigt hat. Der Betriebsrat begab sich zum Vizewojewoden Dr. Saloni und protestierte dort gegen die Reduktion. Der Vizewojewode hat den Arbeitern versprochen, daß keine Reduktion stattfindet und daß er den Demobilmachungskommissar anweisen wird, die Genehmigung rückgängig zu machen. Das hat eine Beruhigung bei der Belegschaft der Gruben gebracht. Die Sache war aber dadurch nicht erledigt, denn gestern hat sich der Demobilmachungskommissar mit dieser Frage neuerlich befaßt. Der Direktor Piasecki begründete eingehend die „Notwendigkeit" der Reduktion. Der Betriebsrat widerlegte die Ausführungen des Direktors Schließlich entschied der Demobilmachungskomissar die Sache dahin, daß die 620 Arbeiter nicht reduziert, sondern „beurlaubt" werden. Sie werden vorläufig auf 2 Monate beurlaubt und erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. Nach 2 Monaten werden sie wieder aufgenommen und dann kommen 620 andere Arbeiter auf die Straße, die wiederum für 2 Monate „beurlaubt" werden. Die „Beurlaubten" werden im Arbeitslosenregister nicht geführt und erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. Das ist eine glänzende „Lösung" der Arbeitslosenfrage.

Drohender Straßenbahner-Streik

Zwischen der Direktion der hiesigen Straßenbahn und der Belegschaft sind ernste Differenzen ausgebrochen, die unbedingt zum Streik führen, wenn nicht die Direktion noch im letzten Moment zur besseren Einsicht kommt. Anlaß zu der Streitfrage sind die fortgesetzten Entlassungen und Maßregelungen, die, besonders durch das provozierende Verhalten eines Aucharbeiters, die Geduld der Belegschaft zum Reißen brachten. Dieser Herr, der früher auch als Schaffner die Zwickzange gebrauchen mußte, und auf Grund seiner Kriegsverletzung im Fahrdienst untauglich wurde und deshalb im Büro mit Hilfsarbeiten beschäftigt wird, beliebt ein Verhalten gegen seine früheren Arbeitskollegen an den Tag zu legen, das zur schärfsten Kritik herausfordert. Ist doch in den letzten Tagen erst wieder auf Grund seiner famosen Meldungen ein Schaffner fristlos entlassen worden, der bereits 18 Jahre im Fahrbetriebe gearbeitet hatte. Nun, es wird dafür gesorgt werden, daß auch die Bäume dieses Herrn nicht in den Himmel wachsen.

Eine gestern Abend in Heiduki stattgefundene, sehr stark besuchte Belegschaftsversammlung nahm zu den ganzen Vorgängen Stellung. Nach Bekanntwerden all der Differenzen stieg die Erregung aufs höchste und fand ihren Niederschlag in einer Resolution, die in ultimativer Form die Forderungen der Belegschaft der Direktion unterbreitet. Gefordert werden die Wiedereinstellung und Vergütung der Gemaßregelten und Entlassenen, Entlassung des Provokateurs, Zurückziehung einer neuen Arbeitsordnung, lies Gefängnisordnung (was bereits geschehen ist), zweckentsprechende Behandlung und Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, u. a. m.

Am heutigen Vormittag begibt sich der Betriebsrat zum Arbeitsinspektor, um denselben über den ganzen Vorgang zu unterrichten, daraufhin sollen neue Verhandlungen mit der Direktion aufgenommen werden. Sollten diese, bis Sonnabend mittags 12 Uhr kein positives Ergebnis zeitigen, so beginnt unmittelbar der Streik.

Nunmehr habe die Direktion, bezw. die Behörden das Wort. Sollte es nicht besser sein, überhaupt bei der heutigen gereizten Stimmung den Streik zu vermeiden? Die aufgestellten Forderungen sind doch nicht als unerfüllbar zu betrachten.

Kostenlose Schullehrmittel für Kinder arbeitsloser Knappschaftsmitglieder

Bergarbeiter, welche arbeitslos geworden sind und mindestens 3 Jahre hindurch der Pensionskasse der Knappschaft als Mitglied angehören, können für ihre Kinder kostenlos Schulutensilien erhalten. Kinder arbeitslos gewordener Hüttenarbeiter haben keinen Anspruch auf Freikure, bezw. Anlieferung von kostenlosen Schullehrmitteln. Die zuständigen Knappschaftsältesten stellen den in Frage kommenden Bergarbeitern die Anweisungen aus. Vorzulegen sind die Quittungskarte, der Ausweis des Arbeitslosenamtes und die Entlassungsbescheinigung der letzten Grubenanlage.

p.

Offenhaltung der Friseurgeschäfte

Am Fest „Peter und Paul", und zwar den 29. d. Mts., werden innerhalb der Wojewodschaft Schlesien die Friseur- und Perückenmachergeschäfte, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags, für das Publikum offengehalten. y.

Abhaltung eines neuen Fachkursus

Das schlesische Handwerks- und Industrie-Institut teilt mit, daß in den nächsten Tagen in Kattowitz ein neuer Damenzuschneide-Fachkursus abgehalten wird. Der Kursus wird 4 Wochen dauern. Entsprechende Anmeldungen nimmt das Institut auf der ulica Krasinskiego, Technische Hochschule, in Kattowitz, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, und von 3 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends, entgegen. y.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff

Die polnische Presse teilt mit, daß der Kohlenkonzern „Robur" den Sitz von Kattowitz nach Warschau verlegen wird. Zu diesem Zwecke wird in Warschau ein Verwaltungshaus für den „Robur" gebaut; auch sollen Wohnhäuser für die Beamten gebaut werden. Die „Polonia" spricht die Meinung aus, daß die Ursache des Umzuges darin zu suchen ist, daß das hiesige Steueramt die Industriebetriebe rigoros behandelt. Nach unserem dafürhalten, dürften andere Gründe im Spiel sein. Der Boden ist für die Industriezentrale in der letzten Zeit sehr heiß geworden und Herr Falter fühlt sich hier nicht ganz sicher, besonders, nach dem es bekannt geworden ist, daß Herr Falter von „Robur" in der kurzen Zeit ein Vermögen von 50 Millionen Zloty auf die Seite geschafft hat.

Das Strafverfahren gegen Senator Korfanty

Die „Zachodnia" bringt heute eine Meldung aus Warschau, laut welcher die Untersuchung gegen die ehemaligen Brester Gefangenen beendet ist. Der Untersuchungsrichter Demant hat das umfangreiche Material, daß sich aus 16 Bänden zusammensetzt, dem Staatsanwalt überwiesen. Die Untersuchung gegen Wojciech Korfanty wurde vorläufig eingestellt, was auf Grund der Intervention des Schlesischen Sejms geschehen ist. Die Untersuchung gegen Alexander Dembski wurde niedergeschlagen und die Sache Popiel ausgeschieden. Die „Zachodnia" hebt besonders hervor, daß die Untersuchung gegen Korfanty nicht niedergeschlagen wurde und sie wird sofort erneuert, sobald die Kadenz des Schlesischen Sejms beendet ist. Ob diese letzte Meldung den Tatsachen entspricht, läßt sich nicht feststellen, doch sind wir der Meinung, daß die Brester Angelegenheit bereits als erledigt zu betrachten ist, wenigstens solange die Sanacja am Ruder bleibt.

Durch die Arbeitslosigkeit in den Tod

Der Arbeitslose Komor in Rybnik begab sich vorgestern mit seiner Frau und Kind in den Wald und erschoß die Frau und das Kind. Dann kehrte er in seine Wohnung zurück, die er bald wieder verlassen hat. In der Wohnung ließ er einen Zettel zurück auf welchem geschrieben stand: „Wir sind alle drei in den Tod gegangen". Auch sind einige Abschiedsbriefe vorgefunden worden, die an die Verwandten bestimmt waren.

Bei Bykowina haben Arbeitslose eine eigene kleine „Grube" eingerichtet und „förderten" Kohle, die sie dann verkauften. Die „Grubenanlage" befand sich neben der Ziegelei Löbinger und war stellenweise bis 12 Meter tief. Gestern, in den Morgenstunden, begaben sich drei Arbeitslose und zwar Manka, Hajok und Bruchel zur Arbeitsstelle, um Kohle zu suchen und als sie hinunterstiegen, erlagen alle drei Arbeiter einer Gasvergiftung. Die benachrichtigte Polizei erschien mit einer Rettungskolonne von der „Hillebrandgrube" und die drei Arbeiter wurden aus dem Loch gezogen. Alle Wiederbelebungsversuche waren vergebens gewesen. Die giftigen Gase sind in das Loch während der Nacht eingedrungen, denn vorgestern haben die drei Arbeiter gearbeitet und sind gesund nach Hause gekommen.

Kattowitz und Umgebung

Beschlüsse des Kattowitzer Magistrats.

Auf der letzten Sitzung des Magistrats wurden fast ausschließlich Straßenausbauprojekte behandelt. Vorgesehen ist der Ausbau in einer Breite von 36 Metern. Vorerst soll nur eine Fahrstraße angelegt werden, die mit Pflastersteinen ausgelegt wird. Es geht um ein Gesamtprojekt von rund ½ Million Zl. Sobald die erforderlichen Gelder flüssig sind, soll mit den Straßenausbauarbeiten begonnen werden. — Weiterhin wurden auch die technischen Projekte betreffend die ulica Krotka, Lompy, Rozana und Narcyz angenommen. Verschiedene Pflasterarbeiten an der ulica Polna sind der Tiefbaufirma Leuschner übertragen worden, so auch die Arbeiten, zwecks Beendigung des Straßenausbaues auf der Raciborska. Die Vorlagen betreffend den Ausbau der ulica Bombrowskiego, Lompy, Kilinskiego sind an die Finanzkommission überwiesen worden.

Dem Ortskomitee für Arbeitslosenfürsorge wurde ein Betrag von 1000 Zloty zugewiesen. Eine Beihilfe ist allen denjenigen städtischen Arbeitern zugestanden worden, welche aus dem städtischen Dienst, infolge Arbeitsunfähigkeit, ausscheiden mußten. Am Schluß der Sitzung gelangten verschiedene Personalangelegenheiten zur Erledigung. y.

Vorzeitige Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Das städtische Arbeitslosenamt teilt mit, daß infolge des Festes „Peter und Paul", die Auszahlung der monatlichen Staatsbeihilfe an die Erwerbslosen bereits am Freitag, den 26. d. Mts. erfolgt. Die Auszahlung findet in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags auf Zimmer 12 im Rathaus Bogutschütz auf der ul. Krakowska statt. Nachzügler erhalten die Beihilfe erst nach dem Feiertag ausgezahlt. y.

Sonntagsdienst der Krankenkassenärzte. Von Sonnabend, den 20. Juni, von 2 Uhr nachm. bis Sonntag, den 21. Juni, nachts 12 Uhr, versehen den Sonntagsdienst Dr. Knosala, Pilsudskiego 10 und Dr. Magiera, plac Wolnosci 2.

Verlegung wichtiger Amtsräume. Nach erfolgter Verlegung befindet sich die städtische Polizei im Stadthaus, auf der ulica Pocztowa 2, in Kattowitz, Zimmer 56 bis 58 und Zimmer 61 a.

Nach der Erholungsstätte Rymanow. Das „Rote Kreuz" in Kattowitz teilt mit, daß am Donnerstag, den 25. d. Mts. weitere Kinder nach der Erholungsstätte Rymanow, zwecks mehrwöchentlichen Aufenthalts, verschickt werden. In Frage kommen hierbei nur solche Kinder, deren Eltern, bezw. Erziehungsberechtigten, besondere Zustellungen erhalten haben Sammelpunkt nachmittags 4 Uhr, vor dem Kattowitzer Bahnhof, 3. Klasse. y.

Die Arbeitslosenfrage im Kattowitzer Stadtparlament

Straßenbaupläne in weitestem Maße genehmigt — 100 000 Zloty für produktive Arbeitslosenfürsorge Ein Tropfen auf einen heißen Stein — Weitere Bewilligungen müssen baldigst erfolgen — Rege Debatten um das Arbeitslosenproblem — Sanacja macht in Demagogie — Die Stellungnahme des Sozialistischen Klubs

Mit einer kleinen Verspätung eröffnete Stadtverordneten-Vorsteher Piechullek die Stadtverordnetensitzung, die nach einer längeren Zeitspanne am gestrigen Donnerstag in Kattowitz angesetzt war. Zur Annahme gelangten verschiedene Vorlagen, welche den Ausbau von Straßenzügen betrafen, so u. a. der ul. Graniczna, der ulica Poniatowskiego auf dem Abschnitt der Kosciuszki bis zur Mikolowska, ferner der ulica Dombrowskiego ab Sienkiewicza bis zur Lompy, alsdann der ulica Polna auf dem Abschnitt Kosciuszki bis zur Wita Stwosza, dann der ulica Kopernika ab Drzymala bis zur Mikolowska, schließlich, zwecks Instandsetzung des Fahrdammes der Miczkiewicza auf dem Abschnitt Ring, bis zur ulica Sokolska. Von einzelnen Stadtverordneten wurden hierbei verschiedene Vorschläge, bezw. Einwendungen gemacht. In einem Falle erachtete man es, im Interesse der Stadt, für richtiger, wenn man längst vorher an die Enteignung bestimmten Geländes herangegangen wäre. Dann wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß für die Graniczna, die eine erhebliche Steigung aufweist und als Verbindungs- und gleichzeitige Verkehrsentlastungs-Straße anzusehen ist, Teermakadam aus verkehrstechnischen Gründen so wenig, wie möglich, Verwendung finden solle.

Angenommen wurden ferner die Anträge der Referenten, betreffend Aenderung des Fluchtlinienplanes der ulica Krasinskiego, sw. Jacka und Wojewodzka, ferner das Projekt der Polizeiverordnung, zwecks Schaffung bestimmter Anweisungen für den Warenhandel im Straßenbild (Gemüsehändler usw.), alsdann die Vorlage über die Polizeiverordnung, zwecks Numerierung der Wohnungen und Mieterlisten, Ankauf von Terrain von der Firma Giesche und zwar unmittelbar am Buglaschen Gelände, Bereitstellung der Summe von 22 000 Zloty aus der amerikanischen Anleihe für die Anlegung einer Haupt-Wasserrohrleitung im Ortsteil Ligota.

Von der Tagesordnung abgesetzt, wurde der Antrag, auf Gewährung einer Subvention für das Franziskanerkloster in Panewnik, zur Anschaffung von Glocken, sowie für die Kirchengemeinde Zalenze.

Der Antrag, zwecks Beitritt der städtischen Sparkasse zu der Genossenschaft m. b. H. der schlesischen Kommunal-Sparkassen „Zacisze", fand keinen sonderlichen Anklang. Die Vorlage wurde vertagt und an die Kommission überwiesen.

Zugestimmt wurde dem Antrag, zwecks

Errichtung der Leichenhalle für das Domber Spital.

Der Neubau wird mit 28 000 Zloty, der Anbau mit 5000 Zloty, das Gesamtprojekt also auf 33 000 Zloty veranschlagt.

Die Vorlage, betr. Wahl eines Ersatzmitgliedes für die Marktkommission, wurde auf Antrag vertagt.

Genehmigt wurde der festgelegte

Bebauungsplan für das nördliche Terrain

auf dem Abschnitt der Rawa und zwar zwischen der Zamkowa und Bankowa. Dort sollen große Wohnhäuser erstehen. Es handelt sich um das, der Kattowitzer Akt.-Ges., gehörende Terrain.

Eine längere Debatte entspann sich über den Punkt

„Bewilligung von Mitteln für die produktive Arbeitslosenfürsorge". In der Finanzkommission einigte man sich auf Bereitstellung von vorläufig 100 000 Zloty zwecks Vornahme von städtischen Gartenbau- und Tiefbauarbeiten.

Stadtverordneter Dr. Ziolkiewicz

von der P. P. S. nahm zur Sache ebenfalls Stellung.

Er wies mit Nachdruck darauf hin, daß man für die Beschäftigung der vielen Arbeitslosen in Kattowitz schätzungsweise 1 600 000 Zloty benötigen würde und daher Plänkeleien wegen Anweisung von 100 000 Zloty mehr oder weniger schlechthin als kindliches Spiel bezeichnet werden müßte, bei denen ein besonderes Ziel verfolgt werde.

Treffende Ausführungen machte dann noch der Stadtverordnete Janta von der P. P. S.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten, auf Bereitstellung eines Betrages von 100 000 Zloty, genehmigt. Nach einer Erklärung des zweiten Bürgermeisters sollen auf der nächsten Stadtverordnetensitzung

weitere 100 000 Zloty

angewiesen werden.

Danach wurde noch über zwei Dringlichkeitsanträge verhandelt. Der „Klub Gospodarczy" (Sanacja) forderte die Interpellation des Magistrats, bezw. der Stadtverordnetenversammlung, bei den höheren gesetzgebenden Instanzen, betreffs Abänderung des Einkommensteuergesetzes, zwecks Mehrbesteuerung der Reichbegüterten (Generaldirektoren usw.). Es gab auch hier recht scharfe Zusammenstöße, da sich die Stadtverordnetenversammlung, allerdings folgerichtig, in diesem Falle für nicht zuständig erklären mußte.

Dr. Ziolkiewicz wies darauf hin, daß man die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von einem Gesichtspunkt nehmen müsse, der auch Erfolg verspreche, nicht aber mit Anträgen, die vor dem Sejm, bezw. überhaupt an maßgebender Stelle wiederholt Gegenstand heftiger Debatten waren, für die aber die Stadtverordnetensitzung nicht zuständig ist. Stadtverordneter Janta bemerkte, daß die sozialistische Partei in weit zweckmäßiger Weise, zwecks Behebung der Arbeitslosigkeit eingetreten sei. Man forderte in einer gewissen Zeit, daß sämtliche Budgetüberschüsse für die Bekämpfung der Beschäftigungslosigkeit bereitgestellt werden sollten. Tatsächlich aber sei die Hälfte dieser Ueberschüsse für weniger nutzbringende Zwecke als die produktive Arbeitslosenfürsorge verausgabt worden.

Die Stadtverordneten nahmen zu dem Antrag der Sanacja grundsätzlich keine weitere entscheidende Stellung, vielmehr wurde die Vorlage dem Magistrat überwiesen und diesem anheimgestellt, evtl. aus sich heraus irgendetwas in der Sache zu unternehmen.

Nach Erledigung eines weiteren Dringlichkeitsantrages wurde die Sitzung gegen 7 Uhr abends beendigt. y.

Zawodzie. (Ergebnisloser Protest.) Wie bekannt, hat der Betriebsrat der Ferrumwerke wegen der unerteilten Reduzierung von 70 Mann der Belegschaft Protest beim Demobilmachungskommissar eingelegt. Auch die Belegschaftsversammlung am 14. d. Mts., hat eine scharfe Protestresolution dagegen gefaßt. Wie nun einwandsfrei feststeht, hat der Demobilmachungskommissar den gesamten Protest abgelehnt, so daß die Kündigungen am Donnerstag und Freitag erfolgen werden. Man beabsichtigte schon am 16. die Kündigungen durchzuführen, was man aber infolge der verzwickten Arbeitslosenvorfälle verschoben hatte.

Zalenze. (In bewußtlosem Zustand aufgefunden.) Auf der ulica Wojciechowskiego wurde eine unbekannte Mannesperson in bewußtlosem Zustand aufgefunden. Es erfolgte die Einlieferung in das städtische Krankenhaus. Nach dem ärztlichen Gutachten liegt in diesem Falle Alkoholvergiftung vor.

Eichenau. (Im Streit erschlagen.) Am Mittwoch abend gab es in Eichenau wiederum eine Schlägerei, welche auf Grund von familiären Streitigkeiten entstanden ist. Die Geschwister Lauer stritten um den kargen Nachlaß ihrer verstorbenen Eltern. Als sich die Schwager der noch ledigen L. in diese Sache hereinmischten, war das Unglück da. Der Arbeiter Brandek holte seine Brüder und einige Komplizen, die mit Revolver und Messer erschienen sind um seinen Schwager Nieschwietz zu verprügeln, weil N. verhindern wollte, daß B. die Nachlaßmöbel zerschlägt. Dem N. kamen wiederum die Bewohner aus den umliegenden Häusern mit Mistgabeln und Kartoffelhacken zur Hilfe. Bei der nun einsetzenden Keilerei wurde der Arbeiter Brandek erschlagen. Auch Nieschwietz und andere Beteiligten trugen teils schwere, teils leichte Verletzungen davon. Dr. Hanus und die Ortspolizei hatte wieder einen Arbeitsreichen Abend gehabt. —a.

Eichenau. (Berichtigung.) „Rascher Aufstieg zum Grubendirektor und Arbeiterschinder". Unter obiger Aufschrift veröffentlichten wir eine Zuschrift, welche sich nach näherer Prüfung als nicht den Tatsachen entsprechend herausstellt. Wie wir inzwischen feststellen konnten, hat Herr Reimann die Bergschule in Tarnowitz mit Erfolg absolviert und war nach Ablauf der vorgeschriebenen Zeit, wo er als Praktikant beschäftigt war, nacheinander ohne Unterbrechung als Steiger, Fahrsteiger und Betriebsführer in größeren Bergwerksbetrieben tätig. Herr Reimann kann kein Auto führen und kann infolgedessen niemals Chauffeur gewesen sein. Weiter stellen wir fest, daß wir auch betreff. der Zauberkunststücke, die Herr Reimann angeblich mit Karten ausgeführt haben soll, irregeführt wurden. Danach würden auch alle daran geknüpften Aeußerungen hinfällig. Wir erhielten diese Angaben von Leuten, die der Kop. Polska sehr nahe stehen, die anscheinend böswillig lanciert wurden, um Herrn Reimann zu schädigen. Wir ziehen diese Anschuldigungen zurück und bedauern, daß wir dieselben veröffentlicht haben, denn auch wir sind dadurch irre geführt worden. Die Redaktion.

Königshütte und Umgebung

Für bessere Versorgung der Arbeitslosen.

Die deutschen und polnischen Klassenkampfverbände und die sozialistischen Parteien veranstalteten am Mittwoch im Volkshaussaal eine Arbeitslosenversammlung, an der gegen 300 Personen teilnahmen, für die Arbeiterstadt Königshütte ein außergewöhnlich geringer Besuch, der wohl darauf zurückzuführen war, daß nur Mitglieder der Klassenkampforganisationen Zutritt hatten. Gerade für Königshütte wäre eine öffentliche Versammlung zu diesem Thema angebracht. Genosse Smolka erklärte nach Eröffnung den Zweck der Versammlung, worauf Genosse Janta in polnischer, Genosse Kowoll in deutscher Sprache zur allgemeinen Lage Stellung nahmen und auf die Sejmsitzung verwiesen, die beweisen soll, wie es die bürgerlichen Parteien meinen. Daß sie stimmungsmäßig für die Arbeitslosen sind, ist bekannt, doch bei der praktischen Durchführung der Hilfe, da sieht die Sache anders aus, was auch die Wassersuppenaktion beweist, wo sich gerade die Reichen von den Spenden am meisten drückten. Beide Referenten forderten zur Einigung der Arbeiterklasse auf, die Sozialisten werden im geeigneten Moment schon die Massen auf die Straßen führen, wo sie diese Macht, daß es anders werden muß, den heutigen Machthabern beweisen werden. In der Diskussion sprachen gegen 7 Redner im Sinne der Referenten. Genosse Janta erwiderte auf einzelne Anfragen und verlaß eine deutsche und polnische Resolution, die nach dem Schlußwort des Gen. Kowoll angenommen wurde. Sie wendet sich in erster Linie gegen die Polizeiaktion gegen Arbeitslose, fordert eine geschlossene Front der Arbeiterklasse, wendet sich gegen die wahnsinnigen Rüstungen, die zu neuen Kriegen führen, fordert weiter die vollen Unterstützungssätze, solange man keine Arbeit für die unschuldigen Krisenopfer hat. Nach fast dreistündiger Dauer fand die Versammlung ein gutes Ende ohne Zwischenfall. Leider war die Polizei zu besorgt und wollte dadurch eine Provokation herbeiführen, daß ein Kommissar dem Vorsitzenden anheimstellte alle diejenigen aus dem Saale zu verweisen, die nicht im Besitz einer Legitimation sind. Erst als der Abg. Genosse Kowoll diese Versammlung als eine Abgeordnetenberichterstattung bezeichnet, verzog sich die Polizei. Aber merkwürdig berührte das Verhalten eines sogenannten Geheimen und daß zur Durchführung einer „Räumungsaktion" die Polizei sofort in einer so großen Zahl ihre Bereitschaft zeigte. Nun wir Sozialisten können unsere Versammlungen selber schützen, die Polizei ist bei unseren Versammlungen eher ein überflüssiges Uebel, denn ein Schutz. Arbeiter unter Arbeitern verstehen sich immer und erscheinen Provokateure, so wird man auch so mit ihnen fertig.

Karambolage. Gestern stieß an der Ecke ul. Wolnosci-Chrobrego der Autobus Sl. 9902 mit dem Fuhrwerk des Besitzers Paul Wiest zusammen, wobei die Scheiben des Autobusses eingeschlagen wurden. Zum Glück kamen Menschen nicht zu Schaden. m.

Sitzung des Besoldungsausschusses. Der Besoldungsausschuß kam gestern im Magistratssitzungszimmer zu einer Sitzung zusammen, um zu verschiedenen Anträgen Stellung zu nehmen. Durch den 15prozentigen Gehaltsabbau, glaubten scheinbar verschiedene Angestellte und Beamte, sich mit einem Antrage an den Magistrat wenden zu müssen, um durch eine eventuelle höhere Eingruppierung, Beförderung usw. zu erreichen und dadurch den Ausfall wettzumachen. Ganz besonders sind durch den Gehaltsabbau die kleineren Angestellten schwer betroffen worden, so daß ihnen auch der Besoldungsausschuß, wo es notwendig erschien, einen Ausgleich zugesprochen hat. Nach einer vorangegangenen Prüfung, zu der 13 Sekretäre und 23 Assistenten gemeldet waren und auch alle dieselbe mit „Gut“ oder „Genügend“ bestanden haben, hatten sich von den 266 vorhandenen städtischen Beamten 112 mit Anträgen an die städtischen Körperschaften, wegen höherer Eingruppierung, Beförderung und Titelverleihung, gewandt. Man stellte sich von vornherein auf den Standpunkt, infolge der schlechten Finanzlage der Stadt, nur in den notwendigsten Fällen den Anträgen stattzugeben. Nach über dreistündiger Verhandlungsdauer, wurden von den gestellten Anträgen „nur“ 47 berücksichtigt und geringe Aufbesserungen genehmigt. Alle anderen Anträge wurden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. m.

Beamtenentlassungen genehmigt. Die Werkstättenverwaltung hatte am 30. April d. Js. 22 Beamten Kündigungen, zur Entlassung am 30. Juni zugestellt. Der größte Teil davon legte dagegen Einspruch ein, worauf gestern vor dem Schlichtungsausschuß in Kattowitz eine Verhandlung stattfand. Nach längeren Verhandlungen wurden, seitens des Schlichtungsausschusses, 19 Entlassungen genehmigt. Aehnlich verhält es sich mit einer großen Anzahl von Beamten und Angestellten in den Betrieben der Königshütte. Wie man hört, sollen noch weitere Kündigungen demnächst ausgesprochen werden, wenn die Wirtschaftslage in der nächsten Zeit eine Aenderung nicht erfahren wird. m.

Siemianowitz

Taubenmarder vor Gericht. Vor dem Kattowitzer Gericht wurde gegen den Richard Szeja und seinen Mithelfer Alfons Badura, sowie drei weitere Angeklagte verhandelt. Die ersten beiden Angeklagten entwendeten aus einem Verschlag einige wertvolle Rassetauben, die sie den drei Mitangeklagten verkauften, denen Mitwissenschaft und Hehlerei zur Last gelegt wurde. Wie aus den Strafakten hervorging, war der erste Beklagte wegen Taubendiebstählen schon mehrfach vorbestraft. Richard Szeja erhielt 3 Monate und Alfons Badura 10 Tage Gefängnis. Die übrigen drei Angeklagten kamen frei, da sie der Ansicht waren, die Tauben auf legale Weise erworben zu haben, und ihnen Hehlerei nicht nachgewiesen werden konnte. y.

Hohenlohehütte. (4000 Zloty Brandschaden.) Infolge Schornsteinefekt brach in dem Wohnhaus des Mathäus Zolna auf der ulica Agnieszka 22 in Hohenlohehütte Feuer aus, durch welches das Wohnhausdach vernichtet wurde. Der Brandschaden wird auf 4000 Zloty beziffert. Das Feuer wurde durch die dortige Wehr mittels Schlauchgang gelöscht. x.

Bittkow. (Verzweiflungsschritt eines jungen Ehemannes.) In der Wohnung seines Vaters in Bittkow versuchte der 21jährige Jan Till Selbstmord zu begehen, indem er sich mit einem Küchenmesser eine schwere Wunde in der Herzgegend beibrachte. Der Lebensmüde wurde in das nächste Spital geschafft, wo er sich in ärztlicher Behandlung befindet. Die polizeilichen Feststellungen ergaben, daß der junge Mann mit einer gewissen Klara Wozniak am 16. d. Mts. die Ehe einging. Während der Hochzeitsfeierlichkeiten in einem Lokal in Michalkowitz verschwand die junge Braut und kehrte seit dieser Zeit nicht mehr zu ihrem Manne zurück. In einem Verzweiflungsanfall beging der junge Mann die Tat. Weitere Untersuchungen sind im Gange. x.

Abstinentenkonzert in Michalkowitz. Die Michalkowitzer Abstinenzler veranstalten am Sonntag, um 2 Uhr nachmittags, im Schloßgarten ein Konzert mit einem alkoholfreien Bufett. Die Abstinenzvereine der umliegenden Gemeinden haben ihr Erscheinen zugesagt. Alkohol darf während der Veranstaltung nicht verkauft werden, mithin wird man nach dem Vergnügen auch keine wankenden Gestalten sehen.

Myslowitz

Die Spolka „Giesche“ klagt gegen 56 Arbeitslose und Invaliden. Seit längerer Zeit schwebt zwischen der Spolka „Giesche“ und den in Werkswohnungen wohnenden Invaliden und Arbeitslosen aus Janow und Umgegend die brennende Mietsfrage wegen dem 80prozentigen Zuschlag zum Mietszins. Die Herren „Giesche“ stehen auf dem Standpunkt, das dieser Mietsaufschlag entrichtet werden müsse, dem sich aber die Invaliden und Arbeitslosen widersetzen und nur den alten Mietszins entrichten. Infolgedessen hat die Spolka gegen 56 dieser Mieter, eine Klage an das Mietsamt Myslowitz eingeleitet, wo am Montag, den 22. d. Mts. für 56 Angeklagte wegen dem restierenden Mietsaufschlag verhandelt wird. Wie die Entscheidung dieser unberechtigten Streitfrage ausfallen wird, bleibt abzuwarten. Verwunderlich ist es, daß man den Invaliden, welche Jahrzehnte auf den hiesigen Schachtanlagen tätig waren, die letzten Tage ihres Daseins, noch so sehr verbittert.

Gieschegruben. (Das Ueberbleibsel der Komm. Rada.) Die abgesägte kommissarische Rada auf Gieschegruben, verstand es ausgezeichnet, sich außer ihrer guten Fühlung mit der Bergwerksdirektion, anbei auch andere Nebeneinnahmen zu verschaffen. Man hoffte auf langjährige Tätigkeit und diktierte der Belegschaft eine Art Sterbekasse auf, gegen welche sich die Arbeiterschaft mit vollem Recht widersetzte. Ein Statut, welches einige hundert Zloty kostete, wurde allen zugesandt, dem sich alle ohne Widerrede beugen mußten. In diesem sicherten sich die Herren Kurdziej, Wrobel und Konsorten eine gute Einnahmequelle als Verwaltungskosten, was eine schöne Summe monatlich ausmacht. Für reduzierte Arbeiter, war in diesem Statut nichts vorgesehn, so daß dieselben ihrer Rechte verlustig wurden. Der 25. April (Wahltag) brachte eine Niederlage für die Begründer dieser Sterbekasse, ebenfalls auch die Neuwahl des Vorstandes zu derselben. Nach dieser Niederlage, haben einzelne dieser Gründung, das Arbeitsverhältnis fluchtartig verlassen, da denselben vor der Arbeiterschaft nicht gut zu Mute war. Der neugewählte Vorstand aus der Betriebsvertretung, hat die Aufgabe zu erfüllen, so manche Aenderungen vorzunehmen, oder auch die Sterbekasse auf ihren alten Stand zurückzubringen, was erneut wieder mit größeren Ausgaben verbunden wird. Die Belegschaft wehrt sich mit aller Energie gegen dieses Ueberbleibsel und verlangt energisch eine allgemeine Belegschaftsversammlung. Wohl sind schon beinahe zwei Monate nach der Wahl vergangen, aber dem Verlangen der Belegschaft zur Stellungnahme dazu, hat man noch keine Möglichkeit geboten. Man hat sich wohl bemüht, im engeren Rahmen diese heikle Frage zu lösen, was aber allgemein als ungenügend angesehen wird. Gerüchte sind in der Belegschaft im Umlauf, woraus zu schließen wäre, daß alles beim Alten bleiben wird, um sich bei der Bergwerksdirektion nicht schlecht „Feind“ zu machen. — Da aber bei der Wahl die neugewählte Betriebsvertretung ihr Vertrauen erhielt, so ist es unbedingt notwendig, endlich einmal der Belegschaft zu beweisen, diese Streitfrage aus der Welt zu schaffen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Zwei Verkehrsunfälle in Schwientochlowitz. Auf der ulica Radzionkowska in Scharley kam es zwischen dem Radler Max Ziegler aus Kattowitz und der Radfahrerin Pauline Kopow aus Tarnowitz zu einem Zusammenprall. Die Radlerin wurde in das Spital geschafft, da sie sehr schwere Verletzungen erlitt. — Ein weiterer Verkehrsunfall ereignete sich auf der Chaussee zwischen Karol-Emanuel und Schwarzwald. Dort kam es zwischen dem betrunkenem Radfahrer Georg P. und dem Radler Paul G. zu einem heftigen Zusammenprall. P. stürzte vom Fahrrad und erlitt durch den wuchtigen Aufprall auf den Bordstein erhebliche Verletzungen, während der andere Radler leichtere Verletzungen davontrug. x.

Bismarckhütte. (Was geht in der Transportmaschinenfabrik vor.) Wie alljährlich, finden auch in diesem Jahre und zwar, am 22. Juni die Betriebsratswahlen bei der genannten Firma statt. Bis jetzt war dort ein Betriebsrat der Freien Gewerkschaften. Der Koll. Stoll hat es verstanden durch seine gewissenhafte Vertretung das Vertrauen der Belegschaft zu gewinnen. Wer das Vertrauen der Belegschaft besitzt, kann unmöglich bei der Verwaltung Sympathien haben. So auch der Kollege Stoll als Vorsitzender des Betriebsrates. Als das die Firma zur Kenntnis nahm, daß die Belegschaft eine Einheitsliste mit dem alten Vorsitzenden Kollegen Stoll aufstellte, fuhr sie aus dem Häuschen. Sie versucht auf verschiedene Art die Liste zu boykottieren. Es werden sogar Arbeiter gekauft, die an ihren Klassengenossen Verrat üben sollen. Einen solchen Herrn hat die Betriebsleitung in der Person des Arbeiters Buchta gefunden. Derselbe war Kandidat auf der Belegschaftsliste. Nun ist er auf Wunsch der Betriebsleitung zurückgetreten und stellt seine eigene Liste auf. Die Betriebsleitung ist ihm dabei behilflich, indem sie noch andere Kandidaten von der Belegschaftsliste für die Liste Kuchta hinweglocken will. Herr Ing. Schäfer versteht es ausgezeichnet, für Kuchta Propaganda zu machen. Ing. Schäfer bestellt die Leute ins Büro und empfiehlt ihnen sich von der Liste streichen zu lassen. Auch dem Wahlvorsitzenden werden von seiten der Betriebsleitung, die größten Schwierigkeiten bereitet, was mit dem Betriebsrätegesetz nicht vereinbart ist, denn die Betriebsleitung ist doch nach diesem Gesetz verpflichtet, dem Wahlvorstand in allen Angelegenheiten entgegenzukommen, Hier ist die Frage erlaubt, was hat die Betriebsleitung mit Arbeiterlisten zu tun. Die Arbeiter können eine solche Vertretung wählen, die ihnen paßt. Die gewählte Vertretung muß den gesetzlichen Weg beschreiten. Macht sie sich strafbar, so hat erst dann die Betriebsleitung das Recht, ebenfalls auf dem gesetzlichen Wege gegen den Betriebsrat vorzugehen und ihn durch die Behörden seines Amtes entheben zu lassen. Hier weiß die Betriebsleitung, daß sie dem gewissenhaften Vorsitzenden Stoll nichts antun kann, denn er kennt als langjähriger Betriebsrat das Gesetz ganz gut. Darum muß die Verwaltung einen Keil in die Belegschaft einschlagen, damit sie dieselbe zersplittert und die Einigkeit der Arbeiter beseitigt. Mit einer uneinigen Belegschaft kann dann der Unternehmer machen, was er will. Wie sehr es an der Zersplitterung der Arbeiterschaft gelegen hat, beweist das, daß der Direktor dem Kuchta sein Auto zur Verfügung stellte, um einige Unterschriften auf die Liste der Zersplitterer zur gesetzlichen vorgeschriebenen Zeit zu holen. Hier heißt es, Arbeiter Augen offen halten, denn wessen Geisteskind Kuchta ist, weiß die Belegschaft zu genau. Die Verachtung kann von der Belegschaft am Wahltage für die Zersplitterer offen zum Ausdruck kommen, denn Wahltage sind Zahltage. So kann auch für den Verrat die Bezahlung erfolgen, indem die ganze Belegschaft geschlossen für ihre Liste wählt. Arbeiter seit vorsichtig, denn ihr wißt es anscheinend noch nicht, was das bedeutet, wenn euch ein volles Jahr ein Verräter vertreten soll. Diese Zeit genügt, um euch die noch bestehenden Rechte zu nehmen. Darum wählt am Montag, den 22. geschlossen die Liste der Belegschaft mit der

Nr. 1

Stoll-Niemczyk. —a.

Bismarckhütte. (Ausschußsitzung der Freiwilligen Sterbekasse.) Die einmal im Vierteljahr tagende Ausschußsitzung, war durch das schöne Wetter am Sonntag sehr schlecht besucht. Bedauerlich ist es, wenn sich Arbeiter zu derartigen Posten wählen lassen und nachher sich ihrer Aufgabe nicht entledigen. Sind doch solche Sitzungen für die Belegschaft sehr wichtig. Die Sitzung wurde vom 1. Vorsitzenden eröffnet und damit auch sogleich die Tagesordnung bekanntgegeben. Nach Verlesung des letzten Protokolls, bekam man den Kassenbericht zu Gehör, der von den Revisoren als richtig befunden wurde. In den letzten 5 Monaten wurde ein Ueberschuß von nur 99 Zloty erzielt. Der wichtigste Teil der Tagesordnung war Punkt 4 und 5. Zu diesen Punkten entstand eine rege Aussprache. So um die gerichtliche Eintragung der Freiwilligen Sterbekasse, die seinerzeit sehr viel Staub aufgewirbelt hat. Leider muß festgestellt werden, daß diese Angelegenheit sehr langsam vor sich geht, es hat den Anschein als wenn der begangene Fehler, der früheren Vorstandsmitglieder nicht mehr gut zu machen ist. Eine sehr gute Sache ist die Zahlung von Vorschüssen, durch die Sterbekassen an die in Not geratene Arbeiter des Werkes. Nur liegt hier die Frage offen, ob denn auch die von den Arbeitern eingereichten Gesuche behandelt werden. Diese Frage muß man verneinen, denn schon hört man Gesuchsteller klagen über schlechte Behandlung. Ferner mußte man die frühere festgesetzte Summe, welche im Umlauf war, um ein beträchtliches erhöhen, so daß der Betrag auf 25 000 Zloty gesteigert wurde. Weiter wurden noch Gesuche um Gewährung von Darlehnen behandelt, welche zum größten Teil ihre Erledigung fanden. Zum Schluß der Tagesordnung faßte man den Beschluß alle Witwen und Arbeiter, die es bis jetzt unterlassen haben. der Freiwilligen Sterbekasse beizutreten; zum letzten Mal die Aufnahme zu gewähren.

Bismarckhütte. (Wer den Sport hat, braucht für die Schande nicht zu sorgen.) Durch ein auf den Wochenmarkt fahrendes Lederhändler paar wurden die Einwohner der ul. Hutnicza vom Schlafe geweckt. Da wahrscheinlich bei den Eheleuten etwas nicht in Ordnung war, versuchte der Mann, der ja ein bekannter Held ist, die Frau dadurch zu schikanieren, indem er den geschäftlichen Interessen einfach nicht nachgehen wollte. Die Frau darüber sehr erbost, machte natürlich einen fürchterlichen Krach, so daß dadurch ein Menschenauflauf entstand, die darüber ihren Sport fanden. Nach langem Streit ging aus diesem Sport die bessere Ehehälfte als Siegerin hervor und frohen Mutes steuerte sie dem Wochenmarkte zu.

Arbeitslosenunruhen auch in Neudorf. Die am Montag in Bielschowitz, Paulsdorf und Schwientochlowitz stattgefundenen Protestaktionen der Arbeitslosen haben nun auch in Neudorf ihre Fortsetzung gefunden. Mittwoch früh um 10 Uhr umlagerte eine große Menge das Rathaus und forderten Arbeit und Brot. der Gemeindevorsteher ließ hierauf einen Vorschuß auf die am Freitag zur Auszahlung fallende Unterstützung aushändigen und verwies die Demonstranten zur Armenküche, um Mittagessen in Empfang zu nehmen. Doch das Volk ließ sich nicht beruhigen und verharrte weiterhin drohend vor dem Rathaus. Bewaffnete Polizei drang endlich unter Anwendung der Gewehrkolben vor und zerstreute die Menge. Zwei Personen wurden dabei zwangsgestellt und verhaftet. g.

Neudorf. (Zeichen der Zeit.) In letzter Zeit ereigneten sich des öfteren Ueberfälle von einer 30 Mann starken Bande auf den Hof der Hillebrandanlage und des Aschenbornschachtes. Vor kurzen wurde dabei der Wächter, der von einem Teil der Bande durch Steinwürfe im Schach gehalten, dabei verletzt, während die übrigen Kohlen und Eisenstücke mit sich gehen ließen. Der Wächter der eine Kopfverletzung erhielt, war gezwungen sich in sofortige ärztliche Behandlung zu begeben. Um weiteren Vorkommnissen vorzubeugen, wurde von der Verwaltung ein Gesuch an die Behörden gerichtet, um durch Erteilung von Waffenscheinen den Wächtern Gelegenheit zu geben, sich selbst und die Verwaltung vor weiteren Diebstählen zu schützen. g.

Pleß und Umgebung

Emanuelssegen. (Eine imposante Arbeitslosenversammlung.) Am Mittwoch, den 17. Juni wurde im Lokal des Herrn Kukowka eine gutbesuchte Arbeitslosenversammlung mit 500 Teilnehmer abgehalten. Nach Eröffnung derselben durch Genossen Chrobok von der P. P. S. erhielt der Genosse Kowalec das Wort, der in seinen längeren Ausführungen die gegenwärtige Wirtschaftslage in ganz krasser Weise geschildert hatte. Gleich zu Beginn, betonte er, daß die Versammelten im Beschließen etwaiger Resolutionen nicht verweilen sollen, da dieselben heutzutage keine Bedeutung bei den Behörden finden. Und obwohl die gegenwärtige Situation sehr schwer ist, und eine Besserung ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Arbeiter müssen sich zusammenschließen und gegen das heutige System mit dem schon nicht einmal der Papst, Bischöfe und die kapitalistischen Politiker einverstanden sind, beseitigen. Dann streifte der Redner das Hantieren mit der Arbeitslosenunterstützung, welcher zur Zersplitterung der Arbeitslosenfront dienen soll. Auch über die bischöflichen Wassersuppenkomitees könnte man viel sagen. Mit einer Portion für 17 Groschen, wäre sehr für das Komitee empfehlenswert diese Suppe zu genießen. Der Genosse Matzke ermahnte die Versammelten zu einer Verbrüderung, weil die Uneinigkeit der Arbeiterschaft bei den letzten Wahlen das große Uebel in dem die Arbeiterschaft steckt, selbst verschuldet habe. Die gegenwärtigen Regierungen dienen nur als Ausschuß den Kapitalisten, welche sich bemühen, die sozialen Errungenschaften abzubauen und die Arbeiterschaft in noch nie dagewesenes Sklavenjoch hineinzubringen. Den beiden Referenten dankten die Versammelten mit reichem Beifall. In der Diskussion wurde scharfe Kritik gegen die Gemeindevertreter, 18 Mann stark und nur 3 erschienen sind, geübt. Vielleicht hatten sie Angst vor einem Einsturz der Decke, wenn sie mit den Sozialisten zusammenkommen. Zum Schluß stellte der Vorsitzende einige Forderungen an die Referenten betreffs der Arbeitslosenfürsorge und schloß die Versammlung mit dem Ausruf auf die Internationale, welcher mit großer Begeisterung ausgerufen wurde. z.

Sportliches

Radrennen um die oberschlesische Meisterschaft.

Wie in allen anderen Wojewodschaften, so findet auch in unserer Wojewodschaft am kommenden Sonntag, den 21. Juni, das Rennen um die Meisterschaft statt. Die Strecke geht von Paulsdorf über Kunzendorf—Bor-Neudorf—Nikolai—Kobier—Pleß nach Goczalkowitz, wo der Wendepunkt ist und wieder zurück nach Paulsdorf und beträgt 100 Kilometer. Im vorigen Jahr errang Koszczyk (Paulsdorf) den Meistertitel. Falls in diesem Jahr Wlokas (Sohrau) sowie die Königshütter Fahrer König und Rowanski am Start sein sollten, hat er wenig Aussichten, da die gegenwärtige Form dieser Fahrer hervorragend ist. Bekanntlich meldet zu diesem Rennen jeder Verein nur seine besten Fahrer, so daß Gewähr geboten wird, einen spannenden Kampf um den Titel zu sehen. Die Strecke selbst stellt an die Fahrer keine allzu großen Anforderungen, da dieselbe fast 75 Prozent asphaltiert ist und nur zwischen Nikolai und Kobier einige lange Steigungen zu überwinden sind. Nach dem bisherigen Melderergebnis kann man mit einer Teilnahme von 35 bis 40 Fahrer rechnen. Beginn des Rennens ist um 8 Uhr vormittags.

Nord- gegen Süd-Oberschlesien.

Bekanntlich steigt am Sonnabend, den 20. Juni, abends 8,30 Uhr auf dem Polizeisportplatz in Kattowitz ein Repräsentativboxkampf zweier Auswahlmannschaften, die sich aus den Vereinen des Nord- und Südbezirks zusammensetzen. Dieser Kampf steigt erstmalig in Oberschlesien. Die Mannschaftsaufstellung für diesen Kampfabend ist vom Papiergewicht aufwärts folgende: **Nord:** Hanf (06 Myslowitz), Moczko (B. K. S. Kattowitz), Michalski (B. K. S. Kattowitz), Kerner (Polizei), Ponenta (Bismarckhütte), Gburski (Polizei), Wrazidlo (B. K. S.), Garstecki (B. K. S.), Wotzka (06 Myslowitz). **Süd:** Goretzki (Stadion), Plucik, Kokott, Rudski (alle Naprzod Lipine), Zachlod (Stadion), Hanske (Stadion), Piecka (Lipine), Nierobski (Stadion), Pietron (Stadion). Man darf gespannt sein, mit was für einem Ergebnis diese Begegnung enden wird. In den leichteren Klassen sind bei Süd die besseren Kämpfer, während Nord wieder in den schweren Klassen ein Plus hat. Die Begegnung im Halbschwergewicht zwischen Garstecki und Niesobski wird als Meisterschaftskampf um den Titel für 1931 gewertet. Kampfbeginn 8,30 Uhr abends. Der Ring wird durch besonders starke Lampen erleuchtet sein.

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Volksversammlung in Lipnik.

Am Dienstag, den 16. d. Mts., fand um 6 Uhr abends im Gasthaus des Herrn Englert in Lipnik, eine von der polnischen und deutschen sozialistischen Partei einberufene Volksversammlung statt, welche einen guten Besuch aufwies.

Auf der Tagesordnung waren 1. die politische und wirtschaftliche Lage des In- und Auslandes. 2. Gemeindeangelegenheiten.

Zur Tagesordnung sprach als erster Redner Gen. Anton Pajak aus Biala in polnischer Sprache. Der Redner besprach die allgemeine Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Auswirkungen. Der Kapitalismus, der sich weiter behaupten will, greift heute selbst zum Mittel des Faschismus und der Diktatur. Es ist das letzte Verzweiflungsmittel dessen sich der absterbende Kapitalismus bedient. Der Kampf zur Befreiung vom Joch des internationalen Kapitalismus muß durch das international organisierte Proletariat selbst geführt werden. Der Redner kommt dann auf die Kommissarwirtschaft in der Gemeinde zu sprechen. Diese Diktaturwirtschaft wirkt sich in der Krankenkasse, überall zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung aus. Anstatt den Fortschritt zu fördern, greift die Sanacja zu ganz rückständigen Methoden.

Die zukünftigen Wahlen in die Krankenkassen sollen auf Grund des Kurienwahlsystems durchgeführt werden, so daß die Arbeiter vom Einfluß auf die Krankenkassen gänzlich ausgeschaltet wären. Gegen ein solch rückständiges Wahlrecht und gegen die Kommissarwirtschaft in der Gemeinde müssen endlich alle den schärfsten Protest erheben, damit wieder geordnetere Verhältnisse eintreten.

In ähnlichem Sinne sprach Gen. Lukas in deutscher Sprache, welcher besonders hervorhob, daß die Krise durch die Rationalisierung eine Verschärfung erfahren habe. Durch die große Arbeitslosigkeit einerseits und den Lohnabbau andrerseits wird die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung sehr tief herabgedrückt, was dann zu einer neuerlichen Verschärfung der Krise führen muß. Um eine Linderung der Krise herbeizuführen, muß vor allem anderen die Arbeitszeit bei gleichbleibenderen Löhnen verkürzt werden, damit mehr Arbeitsgelegenheit den Arbeitslosen geboten werden kann. Das Unternehmertum macht aber das Gegenteil, so daß wenig Hoffnung vorhanden ist, ob in absehbarer Zeit eine Besserung eintreten wird.

Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung übergehend betont der Redner, daß das Sanacjasystem nicht bloß im Reich, sondern in der Gemeinde, wo die Kommissare an Stelle der gewählten Gemeindevertretung amtieren, zum Schaden der ärmeren Bevölkerung ausschlägt. Von den armen Pfründnern angefangen bis zu den Arbeitslosen, bekommen es alle zu spüren, daß die soziale Fürsorge unter der Diktaturherrschaft gänzlich ausgeschaltet wird. Auch das Gesundheitswesen, sowie die Straßenpflege lassen sehr viel zu wünschen übrig.

Um allen diesen Uebeln wirksam begegnen zu können, muß die allzu große Zahl der Indifferenten und Gleichgültigen zum Klassenbewußtsein und zum Sozialismus erzogen werden.

Die Ausführungen beider Redner wurden mit lebhaftem Beifall belohnt.

Anschließend an die beiden Referate entwickelte sich eine lebhafte Debatte, an welcher sich mehrere Versammlungsteilnehmer beteiligten.

Es wurde auch folgende Resolution zur Verlesung gebracht:

Resolution.

Die versammelten Arbeiter und Bürger von Lipnik erklären sich mit den Ausführungen der Redner Genossen Pajak und Lukas solidarisch. Die Versammelten sprechen den Vertretern der Arbeiterklasse das vollste Vertrauen aus.

Die Versammelten protestieren gegen die Kommissarwirtschaft in der Gemeinde und fordern, daß das frühere Gemeindegasthaus weiter Eigentum der Gemeinde verbleibt und nicht für irgend welche Zwecke privater Natur übergeben wird. Die Versammelten erklären, daß die gegenwärtige Gemeindeverwaltung gar kein Recht hat, Gemeindeeigentum zu veräußern oder zu belasten.

Die Versammelten fordern die Ausschreibung von Neuwahlen in den Gemeinderat und Wiedereinsetzung der rechtlichen vom Willen der Bevölkerung abhängigen Stadtfunktionäre und Beamten.

Die Versammelten protestieren gegen die sanatorischen Experimente in den Krankenkassen, welche dahin zielen, die Krankenversicherung zunichte zu machen. Die Versammelten fordern die Arbeiterklasse auf, in die Klassengewerkschaften und in die sozialistischen Parteien als Mitglieder beizutreten.

Diese Resolution fand einstimmige Annahme.

In der weiteren Debatte wurde auch über die Staubplage, infolge Nichtbespritzen der Straße, Klage geführt. Es wurde berichtet, daß in dieser Angelegenheit eine Deputation beim Kommissar bereits vorgesprochen hat, welcher alles versprochen wurde, aber leider bis heute nicht eingehalten wurde.

Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die bereits schon gewählte Deputation noch einmal vorsprechen und die Einlösung der gemachten Versprechungen fordern soll. Bei dieser Gelegenheit wird die Deputation auch ein diesbezügliches Memorandum, welches die Unterschriften sämtlicher von der Staubplage betroffenen Bürger trägt, dem Kommissar überreicht werden.

Nach Erledigung noch einiger minder wichtiger Angelegenheiten wurde die Versammlung, unter Absingung der „Roten Fahne“, um ½9 Uhr abends geschlossen.

Kundmachung. Der Gemeinderat der Stadt Bielsko hat in seiner Sitzung vom 2. Juni 1931 unter Punkt 3 ein neues Statut für die Einhebung einer städtischen Lustbarkeitsabgabe mit Geltung vom 1. Juli 1931 an beschlossen. Dieses Steuerstatut ist in der Einreichsstelle des Bürgermeisteramtes, ul. Cieszynska 10 durch 14 Tage zur öffentlichen Einsicht aufgelegt, und kann während der Amtsstunden eingesehen werden. Einwendungen gegen das Statut kann Jedermann, der sich durch diesen Beschluß beschwert erachtet, beim Bürgermeisteramte binnen 14 Tagen vom Anschlag dieser Kundmachung an gerechnet, einbringen. — Der Bürgermeister: Dr. Kobiela m. p.

700 Millionen Mietersteuer in 31 Jahren!

Das Regierungsprojekt veranschlagte die Einnahmen aus der Mietersteuer auf 3 000 000 Zloty jährlich.

Abgeordneter Chmielewski ist „großzügiger“. Er möchte schon im 1. Jahre 5.8 Millionen Zloty, im 2. Jahre 9.5 Millionen Zloty, im 3. Jahre 13.1 Millionen Zloty, im 4. Jahre 17.0 Millionen Zloty, und in jedem nächsten Jahre noch mehr Millionen an Mietersteuer erfassen, so daß dem Wohnungsbaufonds im Laufe von 31 Jahren aus dieser Steuerquelle 700 Millionen Zloty zufließen würden.

Unwillkürlich erinnern wir uns an das rhapsodieschartige Expose des Wojewoden Dr. Grazynski, der — nach einer Schilderung der Verwaltung Schlesiens, in welcher natürlich alle Verwaltungszweige im besten Licht erscheinen, die Steuereingänge im Wachstum begriffen sind und das Vorhandensein einer bedeutenden Klassenreserve hochgepriesen wurde — Budgeteinnahmen in der Höhe von 200 Millionen Zloty in Aussicht stellte. Wenige Monate später mußte der Wojewode seine Ansichten stark revidieren, ein bescheidenes Budget dem Sejm vorlegen und an die „Realite de Chose“, an den Wirklichkeitssinn, appellieren. —

Keine Krise, auch wenn sie von dem Ausmaße wie die gegenwärtige ist, dauert ewig. In den jetzigen Verhältnissen daran zu denken, daß aus Schlesien allein für den Baufonds 700 Millionen Zloty im Zeitraum von 31 Jahren herausgewirtschaftet werden können, grenzt an Utopie. Aber auch in normalen Zeiten wäre diese Last, meiner Ansicht nach, für die schlesischen Mieter nicht tragbar. Herr Abg. Chm. wird noch zeitgerecht seinen Optimismus wesentlich korrigieren müssen.

Besteuerung aller Mieter!

Zwei Monate lang befaßt sich die Wohnungskommission mit der Novelle zum Wirtschaftsfondsgesetze. Im Zuge der Beratungen bemühte ich mich nachzuweisen, daß das größte Uebel dieser Novelle (der Mietersteuer) in der mechanischen Erfassung dieser Steuerquelle liegt, daß eine Besteuerung aller Mieter, beginnend von Dreizimmerwohnungen, unreal und unsozial ist, weil auf die wirtschaftliche Kraft der Mieter keine Rücksicht genommen wird. Immerhin sollten Besitzer von Wohnungen, die weniger als 3 Zimmer aufweisen, steuerfrei bleiben. Abg. Chm. hegt weit größeres Verlangen. Er möchte alle Mieter ausnahmslos besteuern. Er möchte, daß bei 2-Zimmerwohnungen die halbjährige Mietszinssteigerung 10 Prozent, bei 3-Zimmerwohnungen 15 Prozent, bei 4 Zimmern 20, 5 Zimmern 25, darüber 30 Proz. beträgt.

Wie ist es mit der Zahlungsfähigkeit?

Jede Steuer, so lehren die Theoretiker, muß eine allgemeine sein. Aber nur in dem Sinne, daß sie von allen jenen Bürgern getragen werden muß, die zahlen können, ohne Beeinträchtigung ihres Lebensstandards. —

Trifft dies bei dem Gros der schlesischen Mieter zu? — Sind die Arbeitslosen, Kurzarbeiter, Arbeiter, viele Mittelständler, ein Großteil der Angestellten, Beamten und Bediensteten in der Lage, ohne Einbuße in ihrem täglichen, ohnehin dürftigem Verbrauche, in der Lage, eine Steuer zu entrichten? Meiner Ueberzeugung nach müßte eine solche Steuer das Lebensniveau dieser Volkskreise noch herabdrücken, was zwangsläufig die Wirtschaftslage noch verschlimmern würde. Aus diesem Grunde ist das Projekt des Abgeordneten Chmielewski noch unrealer und unsozialer als das Regierungsprojekt.

Eine indirekte Steuer.

Das Regierungsprojekt ist klar. Es spricht von einer Mietersteuer. Das Projekt des Abgeordneten Chmielewski spricht von einer Mietzinssteigerung. Die Last trägt der Mieter. Der Hausbesitzer hat sie an den Baufonds abzuführen. Also eine typische indirekte Steuer. Sie verfolgt einen begreiflichen Zweck. Sie wird zu Händen der Hausbesitzer gezahlt. Ist einmal diese Steuer überflüssig, dann zahlt der Mieter weiter die Mietszinssteigerung an den Hausbesitzer. Dieser aber führt sie nicht mehr ab, sondern behält sie für sich und erhöht seine Hauszinsrente.

Nein, so etwas könnten wir Sozialisten nicht mittun.

10 Jahre zu spät.

Das Projekt des Abg. Chm. ist nicht neu. Vor 10 Jahren stellte dasselbe Projekt Gen. Dr. Groß auf. Damals verlangte er, daß ein Teil der Mietszinssteigerung dem Wohnungsbaufonds zufällt. Hätte man vor 10 Jahren dieses Projekt verwirklicht, wir hätten heute höchstwahrscheinlich kein Wohnungsproblem mehr. Jetzt, wo der Mieter bereits die gesetzlich geregelten 100 Prozent der Miete zahlt, kann in eine weitere Erhöhung des Mietszinses nicht geschritten werden. Zumindest kann einem solchen Projekte kein Politiker zustimmen, welchem soziale und wirtschaftliche Motive nicht belanglos sind.

Gebaut muß doch werden!

Natürlich. Ueberdies aus öffentlichen Mitteln, denn das Privatkapital hat gänzlich versagt, dies nicht nur auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens. Man muß demnach vorhandene Steuerquellen erfassen. Auch die Mieter müssen besteuert werden, aber nur jene, deren wirtschaftliche Kraft eine Belastung tragbar erscheinen läßt.

Kurz rekapitulierend sei gesagt: Eine Mietersteuer muß ins Kalkül gezogen werden. Jedoch muß sie sozial sein, was nur dann zutrifft, wenn sie steuerfähigen Mietern aufgetragen wird, und das Existenzminimum steuerfrei bleibt.

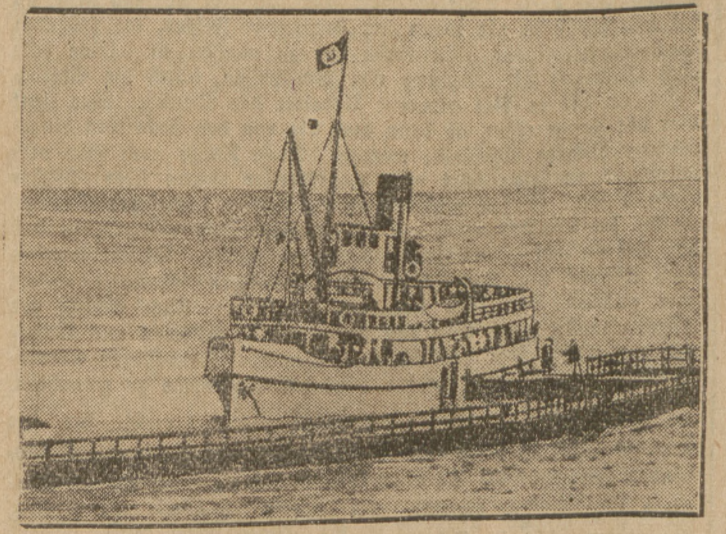
Sie muß eine direkte sein, d. h., daß der Mieetr sie trägt und zahlt. Sie muß eine befristete sein, d. h., daß sie so lange entrichtet wird, so lange das Wohnungsproblem nicht restlos gelöst ist. Ist dieser Zweck erreicht, dann besteht kein moralischer und kein wirtschaftlicher Grund, daß diese Steuer weiter besteht. Eine Zuschanzung dieser Steuer als Mietzinserhöhung an die Hausbesitzer entbehrt jeder sachlichen Begründung. Schließlich muß die Mietersteuer eine gerechte und soziale sein, was nur dadurch erzielt werden kann, wenn sie gestaffelt ist und die Staffelung kräftiger gegenüber Mietern mit Höchsteinkommen angewendet wird.

Das ist unser Gesichtspunkt. Man kann mit anderen Mitteln an die Lösung dieses Problems herantreten. Diese müssen erfolglos bleiben. Man wird sich nur im blinden Kreis herumdrehen, ohne einen Ausweg zu finden. Die Wohnungsmisere wird sich noch vergrößern. Die Schwierigkeiten der Lösung werden mit jedem Jahr größer. Eigentlich hat schon heute dieses Problem einen überaus katastrophalen Charakter angenommen.

Weder das Regierungsprojekt, noch weniger das Projekt des Abg. Chm. bahnen den Weg aus dem Chaos.

Der Verein der Arbeiterkinderfreunde Bielsko veranstaltet am Sonntag, den 21. Juni l. Js. in den Straßen der Stadt Bielsko eine Sammlung, dessen Erträgnis für eine Aktion zur Unterbringung erholungsbedürftiger Arbeiterkinder verwendet werden soll. Die verschärfte Wirtschaftskrise, drückt nicht nur die Erwachsenen, sondern auch die Kinder, welche die Entbehrungen mit erdulden, so daß viele von ihnen kränklich und unterernährt sind. Die Schulferien, welche den Kindern zur Erholung dienen sollen, bringen gar vielen Kindern so manche Enttäuschungen. Da Vater und Mutter in der Arbeit stehn, oder den ganzen Tag auf der Suche nach einer solchen sind, deshalb sind die Kinder sich selbst überlassen, ja wie oft müssen sie auch für die Verpflegung selbst Sorge tragen. Die Ferien bringen vielen Kindern anstatt Erholung, Verelendung und Krankheit. Dieser Verelendung unserer Kinder dürfen wir nicht achtlos zusehen. Der obengenannte Verein richtet an die Bewohner der Stadt, ob reich, ob arm, die höfliche Bitte den Kindern die Unterstützung nicht zu versagen. Ein jeder opfere nach Möglichkeit, denn wer den Kindern hilft, hilft doppelt, den Kindern und der Allgemeinheit.

Familien-Ausflug. Wie alljährlich, veranstaltet auch dieses Jahr der A.-G.-V. Frohsinn in Bielitz am Sonntag, den 21. Juni, einen Familien-Ausflug auf den Olgablick (Ob.-Ohlisch), wozu alle Freunde des Vereins höflichst eingeladen werden. Für einen guten Imbiß sowie Getränke (gesangliche Vorträge) ist bestens gesorgt. Sollte dieser Sonntag verregnet sein, so findet der Ausflug am nächsten Sonntag statt.



Das Unglücksschiff „St. Philibert“
an der Mole von St. Gildas an der Loire-Mündung, in deren Nähe die Katastrophe geschah.

Großes Feuer in Bistrai. Am Donnerstag, zwischen 3 u. 4 Uhr nachm. brach in dem Holzwohnhaus des Fleischers Twardy ein Brand aus, welcher das ganze Wohnhaus vernichtete. Ein Teil des Dachstuhls vom anliegenden Wohngebäude wurde ebenfalls durch die Flammen vernichtet. Die Wohnungsmöbel konnten teilweise gerettet werden. Die Bistraier und Wilkowicer Wehren, die eine halbe Stunde vorher gerade mit dem Löschen eines Brandes in einem anderen Ortsteil fertig waren, erschienen als erste bei dem Brande. An der Löschaktion beteiligten sich noch die Bielitzer Wehr, welche mit der Autospritze angerückt war, sowie die Nikelsdorfer mit ihrer Motorspritze. Die Löschaktion nahm 2½ Stunden in Anspruch. Der Schaden ist ein bedeutender und dürfte teilweise durch die Versicherung gedeckt sein.

Theateraufführung in Lobnitz. Als Schlußfeier der deutschen Schule in Lobnitz findet am Sonntag, den 21. Juni, um 4 Uhr nachmittags, im Gasthaus Jenkner in Lobnitz, eine Theateraufführung statt, zu der schon heute alle Freunde der deutschen Schule sowie alle Eltern herzlich eingeladen werden. Zur Aufführung gelangt das prächtige Volksstück von Ludwig Anzengruber „Der Gewissenswurm“. Die Aufführung bestreitet die bewährte Spielschar des Deutschbundes, Bielitz, unter der trefflichen Leitung des Herrn Rudolf Abt. Vor dem Stück, sowie in den Zwischenpausen konzertiert die Deutschbundkapelle. Anschließend an das Theaterstück wird die Kapelle noch ein Weilchen zum Tanz der Jugend aufspielen. Als Eintritt werden nur freiwillige Spenden eingehoben, die es jedem ermöglichen sollen, die Theatervorstellung zu besuchen. Der Reingewinn fließt dem Schulfonds der deutschen Schule zu. Alle Kreise aus Stadt und Land werden herzlichst eingeladen.

Wo die Pflicht ruft!“

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeite. Bielitz.

Freitag, 19. Juni, abends 7 Uhr: Handballspielerversammlg.
Sonntag, 21. Juni: Blumentag der Arbeiterkinderfreunde.

Freie Turnerschaft Mikuszowice. (Generalversammlung). Sonnabend, d. 20. l. Js., findet um 7 Uhr abends die fällige Generalversammlung im Lokal des Herrn Genser statt. Tagesordnung: 1. Protokoll der letzten Generalversammlung. 2. Kassenbericht. 3. Berichte der Funktion: a) Obmann, b) Turnwart, c) Zeugwart, d) Kontrolleure. 4. Neuwahl. 5. Vereinsangelegenheiten 6. Allfälliges. Alle ausübenden sowie unterstützenden Mitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Agentenbericht über Friedrich Engels

Auffindung eines wichtigen Dokuments

Die nachstehend veröffentlichte biographische Notiz über Fr. Engels war bis jetzt in der Literatur völlig unbekannt. Abgesehen davon, daß sie nirgends veröffentlicht worden ist, hat man bis jetzt auch nie auf sie hingewiesen. Und doch ist sie von bedeutendem Interesse in bezug auf die Biographie von Fr. Engels. Der Verfasser dieser Notiz scheint mit außergewöhnlicher Genauigkeit alle Einzelheiten aus dem Leben des jungen Engels gekannt zu haben. Wie es sich herausstellt, war ihm nicht nur die Vorgeschichte der literarischen Tätigkeit des jungen Engels bekannt — d. h. der Zeitraum, in dem er seine literarische Arbeit unter dem Pseudonym F. Oswald veröffentlichte —, die erst vor kurzem durch die Arbeiten von G. Meyer und D. Rjazanoff neu beleuchtet worden sind, er war vielmehr auch über einige Einzelheiten, die bis jetzt den Biographen von Engels unbekannt waren, genau unterrichtet. Von diesen Einzelheiten müssen in erster Reihe die Hinweise auf die Beziehungen zwischen Engels und seiner Familie erwähnt werden. Die Engelsschen Biographen vermuteten auch früher, daß in der Uebersiedlung Engels nach Manchester Ende 1842 auch der Wunsch seines Vaters eine gewisse Rolle spielte. Das nachstehend veröffentlichte Dokument stellt aber zum erstenmal fest, daß dieser Reise nach England ein scharfer Familienkonflikt und ein Ultimatum des Vaters vorausging.

Von ganz besonderem Interesse ist ferner die Erwähnung der literarischen Tätigkeit des jungen Engels: es werden hier auch „einige kleine Broschüren" erwähnt, die von Engels in Berlin im Jahre 1841—42 verfaßt worden sind, darunter auch seine Broschüre über Schelling. Diese Stelle im genannten Dokument bringt die Vermutung nahe, daß auch andere Broschüren von Engels (über andere Themen, nicht nur über Schelling) vorhanden waren. Den Engelsforschern sind aber bloß zwei Broschüren von Engels aus dieser Zeit bekannt, und in beiden handelt es sich über Schelling. Da der Verfasser dieser Notiz gut informiert zu sein scheint, sprechen alle Gründe dafür daß unter den anonym erschienenen Broschüren jener Zeit noch eine oder einige von Engels verfaßt worden sind, die unbekannt geblieben sind.

Weniger konkret ist die Schilderung der Zeitperiode 1845—48, in der es sich um die Tätigkeit Engels im „Kommunistenbunde" handelt. Der Verfasser der Notiz weist darauf hin, daß nähere Angaben darüber bereits in seinen anderen Berichten enthalten sind. Leider sind aber diese Berichte bis jetzt noch nicht aufgefunden worden. Aus den beiläufig gemachten Bemerkungen ist zu ersehen, daß diese Dokumente ganz besonders wertvolle Angaben über die Geschichte des Bundes in der Vormärzzeit enthalten, wie z. B. über die Verhandlungen der Londoner und Pariser Vereine, über die Gründung des Zentralmarkt des Bundes, über die Vorarbeiten zum „Kommunistischen Manifest" usw. Die Auffindung dieser Dokumente würde von außerordentlicher Bedeutung sein. Im Zusammenhang damit ist die Frage über den Ursprung dieses Dokumentes außerordentlich wichtig. Es wurde in den Akten des Sächsischen Innenministeriums über Fr. Engels gefunden (für den liebenswürdigen Beistand bei der Ermittlung dieses Dokumentes sprechen wir dem Direktor des Sächsischen Staatsarchivs, Herrn Dr. Beschorner, unseren innigsten Dank aus). Diese Dokumente wurden als Beilage zu den „Vertraulichen Mitteilungen der Polizeikammer zu Kopenhagen" vom 28. Januar 1853 nach Dresden gesandt. Der Verfasser dieser Notiz ist ein Londoner Agent der Dänischen Politischen Polizei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Agent den Kreisen der damaligen deutschen Emigration angehörte. Es handelt sich sicher um einen Emigranten, der den Kreisen des „Arbeiter-Vereins" und des „Kommunistenbundes" sehr nahe stand und Engels persönlich gut gekannt hat. Wer das war, läßt sich leider nicht feststellen. Diese Feststellung wäre aber von außerordentlicher Wichtigkeit. Nach dem Inhalt des Dokumentes zu urteilen ist es anzunehmen, daß der Verfasser den literarischen Kreisen angehörte. Seine Mitteilungen über Engels verraten einen Mann, der die Feder gut beherrschte und der in diesen Kreisen bereits Anfang der 40er Jahre verkehrte. Aus seinem Urteil über den Eindruck, den die ersten Artikel Engels hervorgerufen haben, ist zu ersehen, daß es ein Zeitgenosse war, der allem Anschein nach in Berlin lebte. Es läßt sich mit Bestimmtheit feststellen, daß er die Bekanntschaft mit Engels in Berlin geschlossen hat, da seine Informationen über das Leben Engels in Berlin und in der Zeit, ehe er nach Berlin kam, ganz besonders ausführlich und genau sind.

Sollten diese Schlußfolgerungen auf Wahrheit beruhen, sind doch schon einige Anhaltspunkte über die Persönlichkeit des Verfassers dieses Dokumentes vorhanden, ungeachtet dessen, daß die deutsche Emigration in London in den Jahren 1852—53 sehr zahlreich war. Es ist natürlich noch nicht an der Zeit, diese Vermutungen der Oeffentlichkeit preiszugeben. Bedeutend wesentlicher wäre es aber, die anderen Berichte dieses Londoner Agenten der Dänischen Politischen Polizei ausfindig zu machen. Der Verfasser dieser Zeilen wandte sich in dieser Angelegenheit an das Dänische Staatsarchiv in Kopenhagen. Leider sind dort keine Spuren der „Vertraulichen Mitteilungen" vorhanden (derartige „Vertrauliche Mitteilungen" wurden damals von den leitenden Organen aller politischen Polizeibehörden und aller deutschen Grundstaaten herausgegeben), die irgendeinen Aufschluß zu den polizeilichen Dokumenten jener Zeit geben könnten. Das bedeutet aber keineswegs, daß es keinen Zweck hat, andere Spuren dieser Londoner Berichte zu verfolgen. Die Auffindung dieser Dokumente dürfte einen wichtigen Beitrag zum Studium der Geschichte des „Kommunistenbundes" und des politischen Kampfes innerhalb der deutschen Emigration der 40er und 50er Jahre liefern. B. Nikolajewski.

*

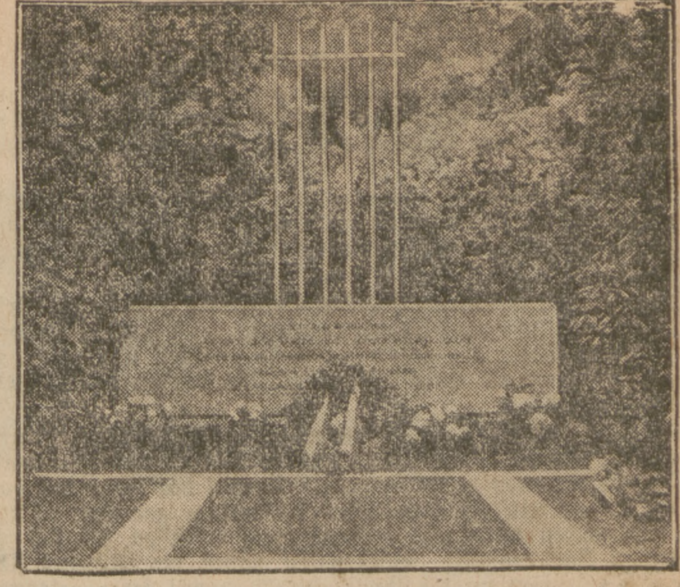
Das Dokument.

London, den 14. Dezember 1852.

Friedrich Engels ist um das Jahr 1819 oder 1820 geboren. Sein Vater ist ein außerordentlich reicher Fabrikant in Barmen und besitzt zugleich eine Seidenmanufaktur in Manchester. Der junge Engels erlernte das kaufmännische Geschäft (ist also nicht Handlungsdiener, wie Ihnen fälschlich berichtet worden) und machte sich zuerst einen schriftstellerischen Namen, während er, im Jahre 1841, in dem Kontor eines bremischen Kaufmanns arbeitete. Damals schrieb er unter dem Namen Friedrich Oswald mehrere Artikel für Tagesblätter, besonders, wenn ich nicht irre, für den „Telegraphen" von Gutzkow, welche wegen ihrer Frische und Kühnheit Aufsehen erregten. Ihre Tendenz war eine belletristisch-junghegelsche und noch keineswegs eine kommunistische. Vom Herbst 1841 bis zum Herbst des nächsten Jahres hielt sich Engels in Berlin auf, wo er als Freiwilliger in der Gardeartillerie Militärdienst leistete. Während dieses Zeitraumes gab er einige kleine Broschüren heraus, unter anderem eine Schrift gegen den damals wieder auftauchenden Philosophen Schelling. Des angenommenen Namens Oswald bediente er sich besonders deshalb, um bei der Empfindlichkeit seines Vaters, der ein Mann von strenger Gläubigkeit und konservativer Gesinnung ist, nicht anzustoßen. Gleichwohl konnte er nicht fehlen, daß die Richtung des jungen Engels bei seiner Familie bekannt wurde. Es wurde daher in Barmen im Familienrat beschlossen, ihn der aufklärerischen Atmosphäre Deutschlands zu entziehen und ihn an die Fabrik nach Manchester zu schicken. Sein Vater kündigte ihm an, er soll sich entweder nach England begeben und ein ordentlicher Kaufmann werden, oder es werde ihm jeder Zuschuß entzogen werden. Engels fand es also, nachdem er seiner Militärpflicht als preußischer Untertan genügt, vorteilhaft, nachzugeben und sich nach Manchester zu verfügen. Das war im Spätherbst 1842. Doch ruhte seine schriftstellerische Tätigkeit nicht. Schon im nächsten Jahre lieferte er in das erste und einzige Heft der Deutsch-französischen Jahrbücher von Ruge und Marx ein paar Aufsätze, deren einer Carlyles Buch „past and present" besprach. Diese Artikel waren ganz kommunistisch, eine Richtung, die sich nunmehr in England durch den Marxschen Einfluß immer stärker ausbildete. Er kündigte, wie er sagte, der Bourgeoisgesellschaft offenen Krieg an. Den Hauptschlag gegen diese Gesellschaft glaubte Engels zu führen, als er in der ersten Hälfte des Jahres 1845 sein Buch „Ueber die Lage der arbeitenden Klassen in England" herausgab. Der genannten Schrift, über 20 Bogen stark, und von Otto Wiegand in Leipzig verlegt, dienten die Studien, welche Engels in Manchester gemacht, zur Grundlage. Sie ist zum Teil mit ziemlicher Sachkenntnis, zum Teil mit einem wunderlichen Pathos geschrieben; die einfachsten und natürlichsten Dinge im Leben der Arbeiter, welche sich aus der ökonomischen Situation von selber ergeben, stellt Engels auf Rechnung des Egoismus der Bourgeoisie, und er schließt einmal einen besonderen leidenschaftlichen Abschnitt mit dem Ausrufe: „Fluch über die Bourgeoisie".

Diese Schrift gab Engels unter seinem Namen heraus, sie war daher das Signal eines ernstlichen Bruches mit der Familie. Der junge Kommunist scheint nun eine Zeitlang in etwas unregelmäßigen Verhältnisse gelebt zu haben. Er verließ seinen Posten in Manchester und hielt sich abwechselnd in Brüssel, Paris und London auf, um an den Organisationsversuchen, welche in dem Jahre 1848 innerhalb der kommunistischen Partei vor sich gingen, teilzunehmen. Die Hauptaufmerksamkeit von Marx und Engels richtete sich auf den Arbeiterverein, welcher seit 1840 in London gegründet war und welcher besonders durch die Vermittelung dieser beiden mit den Vereinen in Paris in Kartell trat. Ueber die Rolle, welche Marx bei der Neukonstruierung des Londoner Vereins spielte, wie den Statuten ein von Marx verfaßtes Manifest zugrunde gelegt wurde, wie man eine kommunistische Zentralmacht schuf, wie Marx nach Brüssel ging, von dort ausgewiesen wurde und sich nach Paris begab, habe ich Ihnen bereits das Wesentlichste dargestellt. Bei allen diesen Dingen war Friedrich Engels Marxens Begleiter und rechte Hand. Auch siedelte er im April 1848 mit nach Köln über, um bei der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" eine Stelle zu übernehmen. Als im Frühjahr 1849 die Reichsverfassungsbewegungen am Rheine ausbrachen und zu gleicher Zeit die „Neue Rheinische Zeitung" einging, begab sich Engels nach dem aufständischen Elberfeld, wurde aber von dort durch die revolutionäre Behörde selber, welche die Bewegung von kommunistischer Färbung freihalten wollte, fortgewiesen. Engels ging aber zunächst nach der Pfalz, sodann nach Baden, und machte den Kampf gegen die preußische Armee als sogenannter Adjutant Willichs mit. Ueber die Schweiz und Frankreich flüchtete er nach London, trat hier in den Marx-Willichschen Kommunistenbund und arbeitete mit Marx an der heftweise erscheinenden Fortsetzung der „Neuen Rheinischen Zeitung". Bei dem Bruch, welcher im Komitee ausbrach, stand er auf seiten Marxens gegen Willich. Dieser Bruch war zugleich das erste entschiedene Symptom des Unterganges der kommunistischen Emigration. Engels sah ein, daß er für Existenz und Stellung jeden Boden verliere; er hielt es daher an der Zeit, sich mit seiner Familie zu versöhnen. Seine Anerbietungen wurden mit Freuden angenommen, und er befindet sich seitdem wieder bei der Fabrik des Vaters in Manchester.

Ueber Schapper glaube ich Ihnen bereits Auskunft gegeben zu haben. Er ist ein Demagoge aus dreißiger Schule und kompromittierte sich durch seine Teilnahme an dem Frankfurter Attentat. Als Flüchtling errichtete er in Straßburg eine Bierbrauerei, emigrierte später nach London und fungierte hier in der Tat von 1848 als Präsident des Arbeitervereins. Er begleitete sodann den Marx nach Paris und Köln, wo er bei der „Neuen Rheinischen Zeitung" Korrektor wurde. Seine nachherige Teilnahme an den Konflikten des Londoner Kommunistenkomitees kennen Sie gleichfalls schon, er stand auf seiten Willichs und behielt mit diesem die Leitung des Arbeitervereins.



Ein Ehrenmal für die Dortmunder Opfer der Besatzungszeit

wurde jetzt auf dem Waldfriedhof in Dortmund enthüllt. Der Text im Sockel lautet: „Sonntag, den 10. Juni 1923, wurden sechs Dortmunder Bürger als schuldlose Opfer der französischen Besatzung niedergeschossen. Ihr Schicksal ist uns Mahnung, als höchstes Gut zu wahren die Freiheit."



Triumph-Einzug des deutschen Fußballmeisters in Berlin

Hanne Sobek, der Spielführer der siegreichen Hertha-Mannschaft, wird bei seiner Ankunft in Berlin von den begeisterten Berliner Fußballfreunden auf die Schultern genommen.

Wenn man's wörtlich nähme…

Man fährt im Leben bekanntlich besser, wenn man nicht alles wörtlich nimmt. Auch unsere Sprache könnte da manche Nuß zu knacken geben! Schaut man nämlich den Wortbestand unseres Alltags ein wenig näher an, so kann man die seltsamsten Dinge notieren. Ergreifen wir also den Bleistift! — Halt! — Bleistift? — Nein, ich meine, genau genommen, Graphitstift. Wir schreiben ja schon längst mit einer Mischung von Graphit und Ton, die 1795 von den Franzosen Contee erfunden und dann in Deutschland von den Fabriken Fabers und Hardtmuths hergestellt wurde. Nicht viel anders mit dem Papier! Hat es noch das Geringste mit der ägyptischen Papyrusstaude zu tun, aus der es einst hergestellt wurde und seinen Namen erhielt? Genau so wenig wie unsere heutigen Buchstaben mit den Buchenstäbchen, also Stäbchen aus Buchenholz, auf denen die Germanen Runen einritzen und die man auf die Erde warf, um aus ihrer Lage die Zukunft zu deuten.

Auf Schritt und Tritt begegnet man solchen Begriffen, die Erinnerungen an frühere Kultur und Sitte mehr oder minder versteckt in sich tragen! Ein Marschall ist heute kein Pferdeknecht mehr (althochdeutsch marah = Pferd, unsere „Mähre", scalh = Knecht), ein Kandidat geht nicht in weißem Gewande herum wie einst in Rom die Amtsbewerber (latein. candidus = weiß), u. die Flinte hat am Schloß längst keinen „Feuerstein" mehr, der sie einst zur Entzündung brachte und nach dem sie benannt ist. Essen wir Marmelade, so dürfte diese eigentlich nur aus Quitten bereitet sein (portugies. marlo = Quitte) ebenso wie Pomade aus einer Apfelart, aus der sie früher auch hergestellt wurde (französisch pomme = Apfel). Wer sich orientiert, müßte nach der aufgehenden Sonne blicken, um nach dieser die übrigen Himmelsrichtungen festzustellen und sich so zurechtzufinden, und wer etwas schildert, bemalt einen Schild mit seinem Wappen, gibt also damit über sich nähere Auskunft.

Ihr Boudoir soll alles andere als ein „Schmollwinkel" sein (französ. bouder = schmollen) und ihre Krawatte nicht das Halstuch der im Dreißigjährigen Kriege zur kaiserlichen Armee gehörenden „Kroaten", von denen sie sprachlich und kulturgeschichtlich abzuleiten ist (aus deren Volksnamen Cravate entstand das französ. cravate = Halsbinde). Würden Sie eine Nachricht kolportieren, so müßten Sie diese am Halse tragen (französ. col = Hals, porter = tragen), und würden Sie jemanden brandmarken, dann müßten Sie ihm auf Wange oder Stirn ein Zeichen einbrennen, damit man ihn bei Rückfälligkeit sofort wiedererkennen könnte — im Mittelalter bekanntlich der einfachste Ersatz für unsere modernen Personalakten! Unternehmen Sie eine Reise, so ist das eigentlich ein Kriegszug (vgl. „Reisige"), die Herberge der Ort, wo sich ein Heer verbirgt, der Vorteil das, was bei der Teilung der Beute dem Führer „vor der Verteilung" gegeben wurde; was Sie dann kriegen, haben Sie sich durch Krieg verschafft. Wer einen Weg einschlägt, schlägt Bäume nieder, um einen Pfad zu gewinnen — eine Erinnerung an die Zeit frühmittelalterlicher Rodung — und wer von einer Sache viel Aufhebens macht, fühlt sich in die Zeit des Rittertums zurückversetzt: beim Turnier wurden die Waffen der Parteien vorher zur Prüfung für alle offen auf den Boden gelegt; ihr feierliches Aufheben war das Zeichen zum Beginn des Kampfes.

Nicht eimal Ihre Büchermappe und Ihre Uhr dürfen Sie wörtlich nehmen! Die Mappe kommt vom lateinischen mappa = Handtuch. Römische Schmarotzer hatten aber die Gewohnheit, in einem derartigen Tuche Speisen von Gastmählern mit nach Hause zu nehmen, so daß daraus schließlich die Bedeutung „Umschlag", „Mappe" wurde. Und wenn Sie ihre Uhr „stellen" und die Zeit „verrinnt", so müssen Sie eigentlich an die alten Sanduhren denken: diese wurden wirklich umgedreht, also auf den Kopf gestellt, damit der Sand wieder entgegengesetzt laufen konnte. Dr. K. Weitzel.

Schwer bestrafte Eitelkeit

Eine junge französische Schneiderin war der Meinung, daß sie zu dicke Waden hätte, und sie wandte sich deshalb an einen im Krankenhaus angestellten Chirurgen, den Dr. Dujarier, um die schöne Linie ihrer Beine herstellen zu lassen. Eine Operation, die der Arzt vornahm, ging jedoch so unglücklich aus, daß das eine Bein amputiert werden mußte. De Schneiderin verheirate sich trotzdem mit ihrem Bräutigam, verklagte aber den Arzt auf einen Schadenersatz von 200 000 Franks. In diesen Tage hat auch die zweite Instanz ihr diese Summe zugesprochen. In den Begründungen der Gerichtsurteile heißt es, das Verschönerungsfragen keinen genügenden Grund zur Vornahme einer Operation ergeben, und daß der Chirurg die Patientin vorher über die Gefahr der Operation hätte aufklären müssen.

Vermischte Nachrichten

Arbeiterinnen mit kurzen Kleidern werden entlassen.

Wo? Wo anders als in dem „Korporationsstaat“ Italien, in dem Mussolinis keusches Mannestum den Anblick unbekleideter Wadeln nicht zu ertragen vermag. Hören wir:

In Martinengo, einem großen Vorort der oberitalienischen Stadt Bergamo, hat der Besitzer einer Spinnerei die Arbeiterinnen am 1. Februar mit dem nachstehenden Ukas überrascht:

„Wer in unserer Spinnerei eintreten oder in ihr bleiben will, um sein Brot zu verdienen, muß Kleider tragen, die die Brust bis unter den Hals bedecken und die nach unten über die Knie reichen und die Waden vollkommen bedecken.“

Die Arbeiterinnen haben protestiert und darauf hingewiesen, daß sie keine langen Kleider besäßen und kein Geld hätten, die alten zu verlängern. Darauf hat ihnen die Fabrikleitung ein einmonatliches Ultimatum gewährt. Nach vier Wochen wird jede unbarmherzig entlassen, die sich in keinen Sack einnäht. Einstweilen haben die Mädchen sich andre Streifen an die Röcke genäht, damit jeder erkenne, warum sie es tun. Tun müssen. Die Gewerkschaft oder genauer gesagt, die Arbeitskorporation, schweigt, denn sie ist in Mussolinien nichts als eine treue Dienerin des Kapitals und sieht bei jeder Verhöhnung der Arbeiter stumm und mit verschränkten Händen zu.

Rizinusöl gefällig?

Das so heilsam und manchmal so notwendige Rizinusöl einzunehmen, bedeutet für die meisten Menschen den Schrecken der Schrecken. Aber es gibt eine Methode, durch die man jeden Brechreiz und all die Unannehmlichkeiten vermeidet, die sich sonst so leicht bei dem „Genuß“ dieses Medikamentes einstellen. Der berühmte Kliniker Naunyn hat einmal gesagt, es gehöre dazu ein Handtuch, eine lange Rede und schließlich auch das Rizinusöl. Durch die Rede müsse man dem Patienten klar machen, daß man das Oel nur dann schmecke, wenn es mit der Zungenspitze in Berührung komme, daß es dagegen sonst im Munde nicht empfunden werde. Diese weise Erkenntnis macht auch Prof. Sachs in der „Therapie der Gegenwart“ zur Grundlage seiner beherzigenswerten Ratschläge. Danach soll man das angewärmte Oel aus einem auf der Unterseite gut trockenen Eßlöffel tief in den Mund hineingießen und den Einnehmenden dann sofort mit dem bereitgehaltenen Handtuch die Lippen fest und nachdrücklich abwischen lassen. Die meisten Menschen lecken sich nämlich ganz unbewußt die Lippen ab und bringen dadurch noch die Zungenspitze mit dem Oel in Berührung. Das wird vermieden, wenn die Lippen vorher abgerieben sind. Stört schon der Geruch des Oels, so soll man sich beim Einnehmen die Nase zuhalten. Diese Methode ist nach den Erfahrungen von Prof. Sachs die weitaus beste und übertrifft alle Versuche, durch noch nicht wirksame Geschmacksverbesserungen das Einnehmen erleichtern zu wollen.



Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16: Kinderstunde. 16,30: Konzert für die Jugend. 16,50: Vorträge. 18: Nachmittagskonzert. 19: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 22,20: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16: Stunde für die Kinder. 16,30: Konzert für die Jugend. 16,50: Vortrag. 17,15: Schallplatten. 17,35: Vortrag. 18: Nachmittagskonzert. 19: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 22,20: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.



Ein 20 Jahre alter Weltrekord gebrochen

Der Ungar Dr. Daranyi hat im beidarmigen Kugelstoßen eine Weite von 28,04 Metern erzielt. Er hat damit den Weltrekord des Amerikaners Rose von 28 Metern aus dem Jahre 1912 erheblich verbessert.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.

Sonnabend, 20. Juni. 6,30: Funkgymnastik. 6,45 bis 8,30: Frühkonzert auf Schallplatten. 15,20: Die Filme der Woche. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Unterhaltungskonzert. 17: Aus der Aula der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität: Festsitzung. 19: Wettervorhersage; anschließend: Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturnachweis. 19,30: Wettervorhersage; anschließend: Wo steht die junge Generation? 20,10: Abendkonzert. 21: Abendberichte. 21,10: Lustiges Wochenende. 22,15: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,45: Alte und neue Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Bergbauindustrieverband.

Myslowitz. Alle Teilnehmer des Ausfluges nach Cmok verbunden mit Kinderbelustigungen, haben zu der Parteiversammlung der DSAP. und Arbeiterwohlfahrt am Sonntag vormittag, um 10 Uhr, bei Chilinski zu erscheinen. Wer zu dieser Versammlung nicht erscheint, hat keinen Anspruch am Ausflug teilzunehmen.

Mithin ist die Generalversammlung der Bergarbeiter hinfällig.

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Anhalt. Am Sonntag, den 21. Juni, findet bei Berger, nachmittags 3 Uhr, eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Als Referent erscheint Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Maschinisten und Heizer.

Lipine. Am Sonnabend, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet in unserem Versammlungslokal bei Hecht eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Metallarbeiter.

Kattowitz. Am Sonntag, den 21. Juni 1931, vormittags 9½ Uhr, findet im Zentral-Hotel (Saal) in Kattowitz, die fällige Mitgliederversammlung statt. Referent: Kollege Buchwald. Alle in der Baildonhütte beschäftigten Kollegen werden, zwecks Stellungnahme zur Betriebsratswahl, besonders eingeladen. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Für die Zeit vom 16. bis 21. Juni.

Sonnabend: Abmarsch zur Sonnenwende.
Sonntag: Sonnenwende.
Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.
Die Abende fangen um ½8 Uhr an.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 19. Juni: Gesang und Volkstanz.
Sonnabend, den 20. Juni: „Sonnenwendfeier“. Abmarsch 7 Uhr vom Volkshaus.

Freie Sänger.

Siemianowitz. Der Ausflug nach Paprozan per Rollwagen findet am Sonntag, den 21. d. Mts. statt. Abfahrt um 4 Uhr früh, vom Marktplatz Laurahütte. Weitere Teilnehmer können nicht mehr mitgenommen werden.

Emanuelssegen. (Arbeiter-Gesangverein „Uthmann“.) Am Sonntag, den 21. Juni d. Js., findet vorm. um 9,30 Uhr, in der Privatschule eine außerordentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung umfaßt 10 Punkte. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Ehrensache.

Freie Radfahrer Königshütte!

Programm der Ausfahrten im Monat Juni.

Sonntag, den 28. Juni: Fahrt nach Bielitz auf zwei Tage. Abfahrt 4 Uhr früh.

Bei sämtlichen Ausfahrten sammeln sich die Radler im Volkshaus. Frisch-Auf!

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Freitag, den 19. Juni, abends 6 Uhr, im Zentralhotel Vorstandssitzung. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Königshütte. (Mitgliederversammlung der Freien Gewerkschaften der Werkstättenbetriebe.) Am Freitag, nachmittags 6 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Freien Gewerkschaften statt. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidatenliste zu den kommenden Betriebsratswahlen in der Werkstättenverwaltung. Die Mitglieder obengenannter Betriebe werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Königshütte. (Verein für Aquarien und Terarienkunde „Ludwigia“.) Am Sonntag, den 21. Juni, findet nachmittags 6 Uhr, im Vereinszimmer die fällige Monatsversammlung statt. Gäste willkommen.

Königshütte. (Ortsausschuß.) Am Sonnabend, den 20 Juni, abends 6 Uhr, findet im Volkshaus ul. 3-go Maja 6, eine Ortsausschußvorstandssitzung statt.

Siemianowitz. (Ortsausschuß.) Am Montag, den 22. Juni 1931, nachmittags 6 Uhr, im D. M. V.-Büro Ortsausschußsitzung. Um 5 Uhr Kassenrevision. Die Revisoren werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Siemianowitz und Umgegend. (Näh- und Kochstuben.) Am 23. Juni d. Js., beginnt wieder beim H. Kosdon, nachmittags 2 Uhr, der Nähkursus. Anmeldungen nehmen immer noch die Vertrauensmänner der Freien Gewerkschaften, der Partei und Arbeiterwohlfahrt entgegen. Wir bitten die Interessenten um recht zahlreiche Beteiligung.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.



